

Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf

II 1-85.50/1-1210¹/65 VS-vertraulich1. Juni 1965¹

Betr.: TTD-Frage;
hier: Stand der Angelegenheit

Bezug: Teilrunderlaß vom 21. Mai 1964 – II 1-85.50/1 VS-NfD²

I. Stand der Angelegenheit

1) Die Erörterung der TTD-Frage ist in den letzten Monaten in der NATO fortgesetzt worden.³ Die Diskussion wurde durch die zunehmende Kritik in der westlichen Öffentlichkeit und durch die Haltung einzelner Verbündeter ausgelöst, die den Versuchen sowjetzonaler Reisender, das Allied Travel Office zu umgehen und ohne TTD und Visum in die NATO-Länder einzureisen, nicht mit Nachdruck entgegentraten oder diese sogar duldeten. Dies gilt für die Reisen von SED-Delegationen nach Frankreich zur Beerdigung von Thorez (Juli 1964)⁴ und nach Italien zur Beerdigung Togliattis (August 1964)⁵, ferner für die Reisen des damaligen „Ministers“ für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Balkow, nach Griechenland (Oktober 1964)⁶ und nach Belgien (Dezember 1964).⁷ Besonders die Begleitumstände der Einreise Balkows nach Belgien riefen in NATO-Kreisen Beunruhigung hervor. Die Einreise erfolgte mit Zustimmung von Außenminister Spaak, dem belgische Wirtschaftskreise mitgeteilt hatten, die Zone werde andernfalls für die belgische Industrie vorgesehene Aufträge in andere Länder vergeben.

¹ Vervielfältigtes Exemplar.

² Für den Teilrunderlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 22. Mai 1964 vgl. Referat II A 1, Bd. 178.

³ Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 5. Mai 1965; VS-Bd. 8494 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ Am 16. Juli 1964 nahmen die Mitglieder des Zentralkomitees der SED Axen, Florin und Kurella an der Beerdigung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez, in Paris teil. Vgl. dazu den Artikel „Trois personnalités d'Allemagne de L'Est se sont rendues en France sans visa pour les obsèques de Maurice Thorez“; LE MONDE, Nr. 6074 vom 26./27. Juli 1964, S. 4.

Vgl. dazu auch Referat II A 1, Bd. 180.

⁵ An der Beerdigung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Italiens, Togliatti, am 25. August 1964 in Rom nahmen das Mitglied des Politbüros der SED Warnke sowie die ZK-Mitglieder Florin und Grundig teil. Vgl. dazu den Artikel „SED-Delegation illegal nach Rom gereist“; DIE WELT, Nr. 197 vom 25. August 1964, S. 4.

Vgl. dazu ferner den Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 26. August 1964; VS-Bd. 2095 (D I/ Dg I A); B 150, Aktenkopien 1964.

⁶ Zum Besuch des Ministers für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR in Griechenland vgl. den Artikel „Handelsgespräche“; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 277 vom 7. Oktober 1964, S. 11.

Vgl. dazu auch VS-Bd. 3549 (II A 1).

⁷ Vgl. dazu Dok. 137, Anm. 49.

2) Die niederländische Regierung hat diesen Vorfall zum Anlaß genommen, um Mitte Januar 1965 in der NATO eine Grundsatzdiskussion über die TTD-Frage zu fordern. Sie schlug vor,

- in Zukunft hohen SBZ-Funktionären, die an sich unter die gesperrte Kategorie „political“ fielen, dann TTDs zu erteilen, wenn sie zu Wirtschaftsverhandlungen ins westliche Ausland reisten. (Dieser Vorschlag berücksichtigte die Beschwerden niederländischer Wirtschaftskreise, die sich durch die belgische Behandlung des Falles Balkow „überevorteilt“ glaubten.)
- die Sperrbestimmungen für die Kategorie „Nationale Mannschaften und Delegationen“ elastischer zu handhaben.⁸

3) Auf Grund dieser niederländischen Intervention forderte der Politische Ausschuß der NATO die Bonner Vierergruppe auf, Vorschläge zur künftigen Handhabung der TTD-Sperre zu unterbreiten.⁹ Unter Berücksichtigung dieser Vorschläge, die am 1. März 1965 vorgelegt wurden¹⁰, beschloß der Politische Ausschuß am 4. Mai 1965, die gegenwärtig gültige TTD-Regelung (TTD-Empfehlungen vom 18. März 1964)¹¹ zwar nicht erneut zu modifizieren, sie aber doch in Zukunft elastischer anzuwenden.¹²

a) In den folgenden Punkten wurde Übereinstimmung erzielt:

- die bisher gesperrte Kategorie „professional“ fällt fort;
- das ATO in Berlin soll TTD-Anträge vor der Entscheidung mit den Berliner Konsulaten der NATO-Staaten konsultieren;
- die Öffentlichkeit soll über die Motive der TTD-Politik besser unterrichtet werden;
- die Sperre für „Nationale Delegationen und Mannschaften“ soll dann gelockert werden, wenn sichergestellt ist, daß politische Demonstrationen für die SBZ (Flaggen, Hymne, Embleme, Delegationsschilder) unterbleiben;
- hohe politische Funktionäre fallen weiterhin unter die Sperre, gleich in welcher Eigenschaft sie reisen.

b) Gleichzeitig verpflichteten sich die NATO-Staaten, die TTD-Empfehlungen in Zukunft in gleicher Weise anzuwenden. Sie beschlossen ferner, die TTD-Frage Ende 1965 im Politischen Ausschuß erneut zu überprüfen.¹³

II. Ausblick

1) Die o. a. Diskussion hat trotz der schließlich erzielten Übereinstimmung gezeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten in der TTD-Frage fortauern. Die Norweger und Belgier stehen dem TTD-System grundsätzlich kritisch gegen-

⁸ Vgl. dazu Dok. 44.

⁹ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 168 des Botschaftsrats I. Klasse Sahn, Paris (NATO), vom 4. Februar 1965; VS-Bd. 3720 (II 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁰ Für den Entwurf des Berichts vgl. VS-Bd. 3563 (II A 1).

¹¹ Zur ursprünglichen TTD-Regelung vgl. Dok. 37, Anm. 8.

Zu den TTD-Empfehlungen vom 18. März 1964 vgl. Dok. 44, Anm. 4.

¹² Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 567 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 4. Mai 1965; VS-Bd. 3563 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹³ Vgl. dazu Dok. 442.

über.¹⁴ Mit einer kritischen Grundhaltung ist aber auch bei den Dänen, Isländern, Niederländern, Luxemburgern, Kanadiern, möglicherweise auch bei den Italienern zu rechnen.¹⁵ Demgegenüber haben sich die drei Westmächte – trotz der auch bei ihnen bestehenden inneren Vorbehalte – unseren Überlegungen im allgemeinen angeschlossen. Es ging ihnen dabei vor allem darum, die Kontrolle des ATO über Einreisen von Deutschen aus der SBZ in das westliche Ausland zu sichern.

2a) In der Frage der Einreise hoher politischer Funktionäre konnten wir unseren Standpunkt¹⁶ voll durchsetzen. Wir haben von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß wir in diesem Punkt keiner Modifizierung der TTD-Politik zustimmen könnten.

b) Die lockere Handhabung der Sperre für die Kategorie „Nationale Delegationen und Mannschaften“ wirft für uns gewisse Probleme auf. Unsere Bedenken in dieser Frage können als bekannt vorausgesetzt werden. Wir haben aber – wie auch die anderen NATO-Länder – in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, daß eine zunehmende Zahl internationaler Organisationen ihre Veranstaltungen wegen der TTD-Sperre aus den NATO-Ländern in solche Länder verlegten, die die Deutschen aus der Zone frei einreisen lassen. Auch wir waren durch diese Entwicklung betroffen, da wir aus Solidarität mit den übrigen NATO-Ländern die Einreise von SBZ-Mannschaften und Delegationen zu solchen Veranstaltungen in das Bundesgebiet – trotz des Prinzips der Freizügigkeit für alle Deutschen – analog zu handhaben suchen. In mehreren Fällen wurde uns z. B. mitgeteilt, daß eine Nichtbeteiligung von SBZ-Sportlern an multilateralen Veranstaltungen im Bundesgebiet dazu führen würde, daß diese Veranstaltungen in die Zone verlegt würden.¹⁷ Wir standen infolgedessen vor der Entscheidung,

¹⁴ Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete am 17. März 1965: „Norwegischer Vertreter forderte ebenfalls weiteres Nachgeben, auch wenn ATO-Bericht äußerste Konzessionsgrenze als schon erreicht bezeichne. Im übrigen stelle das TTD-System nur kurzfristiges taktisches, nicht aber langfristiges politisches Mittel zur Reiseerleichterung für SBZ-Bewohner dar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 348; VS-Bd. 3720 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Zur belgischen Haltung vgl. Dok. 137, besonders Anm. 52.

Am 6. April 1965 hob der belgische Vertreter im Politischen Ausschuß der NATO „die angeblich unterschiedliche Behandlung der Bewohner der SBZ bei der Einreise in die Bundesrepublik und in NATO-Länder“ hervor und forderte: „Jedes Land müsse auch nach Lage seiner eigenen Interessen beurteilen können, ob es einen hochrangigen Vertreter des SBZ-Regimes hereinlassen und dessen politische Betätigung verhindern könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 443 des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vom 7. April 1965; VS-Bd. 3563 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁵ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 348 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 17. März 1965; VS-Bd. 3720 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁶ Dazu stellte Ministerialdirigent Ruete am 20. März 1965 fest, die Bundesregierung halte es „für untragbar, daß insbesondere führende SED-Mitglieder in den Besitz eines TTD gelangen. Wenn für Herrn Balkow TTDs erteilt werden, dann werden weitere Erpressungsversuche Pankows nicht auf sich warten lassen. In der Konsequenz führt dies dazu, daß auch Ulbricht TTDs beantragen könnte, entweder zu Handelsverhandlungen oder als Repräsentant des von ihm erlernten Tischlerberufs.“ Vgl. VS-Bd. 3720 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁷ Auf diese Möglichkeit wiesen Vertreter des Sports in einer Besprechung am 6. Januar 1965 im Bundesministerium des Innern hin, an der auch Staatssekretär Carstens teilnahm. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sattler vom 8. Januar 1965; Referat II A 1, Bd. 407.

- entweder die Sperrbestimmungen für „nationale“ Mannschaften und Delegationen strikt anzuwenden unter Hinnahme der Gefahr eines Selbstausschlusses von multilateralen internationalen Veranstaltungen,
- oder uns in den multilateralen internationalen Veranstaltungsbetrieb weiter einzuschalten unter Hinnahme der Zwangslage, dann bestimmte „nationale“ Vertretungen aus der Zone zulassen zu müssen.

Unter diesen Umständen ist der Ausweg gefunden worden, bei bestimmten internationalen Veranstaltungen die Sperre zu lockern unter der Voraussetzung, daß ausreichende Garantien für die Verhinderung politischer Demonstrationen zugunsten der SBZ gegeben würden.¹⁸ Die Entscheidung, wann eine Lockerung der TTD-Sperre in Frage kommt, liegt bei dem ATO.

c) Im Falle multilateraler Begegnungen waren wir aus den o. a. Gründen bereit, unsere Bedenken gegen die Einreise sowjetzonaler „nationaler“ Vertretungen fallenzulassen. Im Falle bilateraler Begegnungen bestehen unsere Bedenken fort. Wir halten in diesen Fällen (Beispiel: Fußball-Länderkampf, Leichtathletik-Länderkampf) eine Gewährung von TTDs für nicht gerechtfertigt, da der für uns entscheidende Grund einer Lockerung – die Verhinderung einer Abwanderung von Veranstaltungen – dann nicht vorliegt. Es ist freilich damit zu rechnen, daß die Öffentlichkeit in den verbündeten Ländern wenig Verständnis für diese unterschiedliche Behandlung multilateraler und bilateraler Veranstaltungen aufbringen wird. Damit zeichnet sich ein künftiger Konfliktpunkt ab.

3) Besondere Schwierigkeiten dürften sich bei künftigen TTD-Diskussionen daraus ergeben, daß Deutsche aus der Zone in das Bundesgebiet frei einreisen können, während sie bei der Einreise in die übrigen NATO-Staaten den TTD-Bestimmungen unterliegen.

a) Wir haben zwar bereits festgestellt, daß alle Deutschen aus der Zone deutsche Staatsangehörige sind und das Grundrecht der Freizügigkeit auch für sie gilt; wir seien daher verpflichtet, alle Deutschen aus der Zone frei einreisen zu lassen.¹⁹ Es ist auch auf das Verbot subversiver Tätigkeiten im Bundesgebiet hingewiesen worden, wodurch die mit der TTD-Sperre bezweckte Verhinderung einer politischen Betätigung sowjetzonaler Funktionäre²⁰ auch bei uns

¹⁸ Mit Blick auf eine Kabinettsitzung am 27. Januar hielt Staatssekretär Carstens am 25. Januar 1965 fest, daß das Auswärtige Amt eine Änderung der Praxis für die Erteilung von TTDs an Sportmannschaften der DDR ins Auge gefaßt habe und insoweit mit dem Bundesministerium des Innern übereinstimme. Dabei gab Carstens zu bedenken: „Die Frage muß jedoch sehr stark unter taktischen Gesichtspunkten [...] behandelt werden. Es wäre sehr ungünstig, wenn wir in der NATO die Initiative zu einer Lockerung der TTD-Bestimmungen ergreifen würden. Es bestünde dann die Gefahr, daß es zu einem Erdbeben in der TTD-Praxis kommt, da viele Staaten mit dem derzeitigen Zustand unzufrieden sind. Uns schwebt daher vor, den zu erwartenden Vorstoß der Holländer und Belgier abzuwarten und erst dann unsere Vorschläge einzubringen, die wir uns als Konzession abringen lassen und für die wir unsererseits gewisse Konzessionen der anderen Partner (verschärfte Anwendung der Bestimmungen über die Unterbindung politischer Tätigkeit) fordern würden.“ Vgl. VS-Bd. 3720 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁹ Vgl. dazu Dok. 137, Anm. 51.

²⁰ Am 9. April 1965 teilte Ministerialdirigent Ruete der Botschaft in Brüssel mit: „Die TTD-Bestimmungen sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Durchsetzung der gemeinsamen westlichen Deutschland-Politik, indem sie eine gegen den Westen gerichtete politische Aktivität kommunistischer Funktionäre aus der SBZ in den NATO-Staaten verhindern und einen Druck auf das SBZ-

erreicht werde. (So gibt das KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts²¹ den Ländern eine Handhabe, politische Funktionäre zurückzuweisen.)

b) Es steht außer Zweifel, daß die Freizügigkeit uns keine besonderen Vorteile erbringt, zumal der Personenkreis, der der TTD-Sperre unterliegt, sehr begrenzt ist und die Zahl von wenigen tausend Personen (in erster Linie Funktionäre) kaum übersteigen dürfte.

c) Diese Argumente fanden aber nur geringes Verständnis. Die Verbündeten erklärten wiederholt, daß sie ihrer Öffentlichkeit die unterschiedliche Behandlung der Einreisen von Deutschen aus der Zone in das Bundesgebiet und die übrigen NATO-Länder nicht klarmachen könnten. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Kritik an dem TTD-System in Zukunft zunehmend an dem Problem der Freizügigkeit orientieren wird.

4) Weiterer Erlaß vorbehalten.

Im Auftrag
gez. Krapf

VS-Bd. 3563 (II A I)

226

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Generalsekretär U Thant, UNO, in New York

Z A 5-57.A/65 geheim

2. Juni 1965¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 2. Juni 1965 um 11.45 Uhr in New York ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant. Bei der Unterredung waren außerdem Staatssekretär von Hase und Botschafter von Braun zugegen.

Einleitend bedankte sich *U Thant* bei dem Herrn Bundeskanzler für die sehr großzügige Mitarbeit und die bedeutsamen Beiträge der Bundesrepublik.²

Fortsetzung Fußnote von Seite 912

Regime ausüben, die „Mauer“ durchlässiger zu machen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1642; VS-Bd. 3563 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

²¹ Am 17. August 1956 urteilte das Bundesverfassungsgericht: „1) Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig. 2) Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst. 3) Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen. 4) Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen.“ Für Entscheidungsformel und -begründung vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 5, Tübingen 1956, S. 85–393.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 9. Juni 1965 gefertigt.

² Die Bundesrepublik leistete u. a. finanzielle Unterstützung für die UNO-Missionen im Kongo 1963 und in Zypern 1964/65. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 366, und AAPD 1964, I, Dok. 71 und Dok. 159. Vgl. ferner Dok. 433.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, sein Besuch sei Ausdruck seiner Wertschätzung für den Generalsekretär und dessen Arbeit, aber auch der Sympathie und der vollen Unterstützung, welche sein Land und seine Regierung der Tätigkeit der Vereinten Nationen gewährten. Deutschland freue sich immer, wenn diese Tätigkeit erfolgreich sei, und bedaure jede Spannung und Störung. Die Bundesrepublik betrachte es als ihre Pflicht als zivilisierte Nation, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten und ihrer Stellung Hilfe zu leisten.

Generalsekretär *U Thant* wies darauf hin, daß die derzeitige Weltlage keineswegs ohne Schatten sei. In vielen Teilen der Welt gebe es Entwicklungen, die beunruhigend seien. Glücklicherweise scheine jedoch die Lage in Europa ruhig zu sein. Wenn er die Dinge richtig sehe, bestehe in Europa eine Stabilität, die zu begrüßen sei. Dagegen entwickelten sich Asien und Lateinamerika nicht wie erwartet. Er wäre dankbar, wenn der Herr Bundeskanzler ihm seine Gedanken darüber darlegen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Länder Westeuropas blühten wirtschaftlich und hätten auch eine stabile Währung. Das bedeute jedoch nicht, daß es nicht unterschiedliche Auffassungen über die Weltlage gebe. Die NATO befinde sich erneut in der Diskussion über die besten Formen der Strategie, der Verteidigung und der nuklearen Abschreckung.³ Als Deutscher brauche er nicht hinzuzufügen, daß Deutschland zwar auf den Einsatz von Gewalt für die Wiedervereinigung verzichtet habe⁴, diese Tatsache jedoch nicht so ausgelegt werden dürfe, als ob die Deutschen die augenblickliche Situation als endgültig betrachteten. Gemeinsam mit seinen Freunden und im gegebenen Zeitpunkt auch mit dem Gegner in der Ost-West-Spannung suche Deutschland ständig das Gespräch, um eine Lösung zu finden. Zur Zeit gebe es einige Vorstellungen, daß eine allmähliche Evolution die Gegensätze ausgleichen könnte. Man könnte hierüber natürlich ein langes Gespräch führen, doch wolle er sagen, daß es politische Konflikte, insbesondere den Ost-West-Konflikt gebe, deren zentraler Ausdruck das Deutschlandproblem sei. Es werde immer häufiger festgestellt, daß es in Europa keinen dauerhaften Frieden geben könne, wenn dieser Unruheherd nicht beseitigt werde. Die Bundesrepublik fühle aber auch eine weltweite Verantwortung. Sie könne nicht erwarten, daß ihre Freunde treu zu Deutschland stünden, wenn sie ihrerseits nicht bereit sei, auch deren Interessen zu sehen. Das bedeute für die Bundesrepublik

³ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 691 des Botschaftsrats I. Klasse Sahn, Paris (NATO), vom 31. Mai 1965 über die Konferenz der Verteidigungsminister der NATO in Paris; VS-Bd. 2469 (D I/Dg I A); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ Anlaßlich des Beitritts zur NATO und zur WEU erklärte die Bundesregierung, „daß sie sich aller Maßnahmen enthalten wird, die mit dem streng defensiven Charakter dieser beiden Verträge unvereinbar sind. Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen.“ Zugleich bekannte sich die Bundesrepublik dazu, ihre Politik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UNO-Charta zu gestalten und insbesondere die in Artikel 2 der Charta niedergelegten Verpflichtungen zur Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und zum Verzicht auf Gewalt gegenüber anderen Staaten einzuhalten. Für den Wortlaut der Erklärung vom 3. Oktober 1954, die in die Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz aufgenommen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981.

vor allem eine weitere Betätigung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Dazu sei Deutschland bereit, denn es meine, je sicherer die Völker hinsichtlich ihrer Zukunft sein könnten und je mehr wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt stattfinde, desto ruhiger würden sie auch politisch sein. Dieses Thema werde er sicherlich mit Präsident Johnson besprechen.⁵ Deutschland fühle eine Verantwortung in Weltangelegenheiten, und dem tue auch die Tatsache keinen Abbruch, daß Deutschland nicht Vollmitglied der Vereinten Nationen sei.

Generalsekretär *U Thant* sagte, das kürzliche Angebot von Präsident Johnson für massive Wirtschaftshilfe für Südostasien⁶ scheine ihm in die richtige Richtung zu gehen. Er habe dieses Angebot auch sofort begrüßt.⁷

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er hoffe, daß möglichst viele Länder sich an einem solchen Werk beteiligten. Für Deutschland könne er sagen, daß die Bundesrepublik sich sicherlich daran beteiligen werde.⁸

Generalsekretär *U Thant* bezeichnete es als unglücklich, daß die Lage in einigen Gebieten sich für solche Maßnahmen nicht gerade eigne. Soweit er wisse, wolle Johnson jedoch in den Ländern einen Anfang machen, die sich dafür eigneten, so zum Beispiel Laos, Thailand und Südvietnam.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die Bemerkung von *U Thant* zurück, daß in vielen Ländern Südasiens und Lateinamerikas die wirtschaftliche Entwicklung nicht den erwarteten Fortschritt mache. Sicherlich arbeiteten die Völker in diesen Teilen der Erde ebenso hart, aber es sei eben ausschlaggebend, die Bemühungen in die rechte Richtung zu lenken. Er fragte, ob die Vereinten Nationen sich auch mit der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung dieser Länder befaßten oder ob dieses Thema für die UN tabu sei.

Generalsekretär *U Thant* erwiderte, die Vereinten Nationen hätten sich sehr stark in die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer eingeschaltet. Drei Organisationen (die Technische Hilfe, der Sonderfonds und die Wirtschafts- und Sozialabteilung in seinem Büro) befaßten sich mit diesen Fragen. Das bedeutendste Ereignis des letzten Jahres sei wohl die Schaffung des International Trade and Development Board⁹ gewesen. Er erwarte substantielle

⁵ Für das Gespräch am 4. Juni 1965 in Washington vgl. Dok. 234.

⁶ Am 7. April 1965 erklärte Präsident Johnson in einer Rede in Baltimore die Verbesserung der Lebensbedingungen in Südost-Asien zu einem Hauptziel der amerikanischen Politik: „The first step is for the countries of southeast Asia to associate themselves in a greatly expanded cooperative effort for development. [...] For our part I will ask the Congress to join in a billion dollar American investment in this effort as soon as it is underway.“ Johnson gab dabei der Hoffnung auf die Unterstützung der UNO sowie der Industriestaaten einschließlich der UdSSR Ausdruck. Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965, S. 396 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 442–447.

⁷ Zur positiven Reaktion des UNO-Generalsekretärs auf die Vorschläge vom 7. April 1965 vgl. die Ausführungen des Präsidenten Johnson auf der Pressekonferenz vom 8. April 1965; PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965, S. 402.

⁸ Zur Entwicklungshilfe an die Republik Vietnam (Südvietnam) vgl. die Aufzeichnung des Referats III B 7 vom 19. Mai 1965; VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

⁹ Die UNO-Generalversammlung beschloß am 30. Dezember 1964 die Gründung eines International Trade and Development Board. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1995 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, I/10, S. 71–75.

Ergebnisse aus dessen Arbeit. Die meisten Entwicklungsländer glaubten an dieses Unterfangen. Seines Erachtens sei der Handel ja entscheidend, wenn man die Lücke zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen schließen wolle. An der Spitze dieser Organisation stehe Herr Prebisch, der die nötige Vorstellungskraft für diese Aufgabe besitze.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er interessiere sich gerade für diese Frage ganz besonders, zumal nicht nur er, sondern auch Deutschland überhaupt wohl in diesen Angelegenheiten soviel Erfahrung wie vielleicht kein anderes Land besitze. Innerhalb von zwanzig Jahren habe die Bundesrepublik aus einem Trümmerfeld eine blühende Wirtschaft gebaut. Er würde es begrüßen, wenn bei solcher Tätigkeit Deutschland noch stärkere Beiträge leisten könne, insbesondere durch die Bereitstellung von Sachverständigen, zumal Deutschland nachher bei der finanziellen und materiellen Hilfestellung mit im Vordergrund stehen werde.

Generalsekretär *U Thant* bedankte sich und sagte, er werde diese Anregung gerne Herrn Prebisch weiterleiten. Sicherlich stimme der Herr Bundeskanzler mit ihm überein, daß das Grundproblem in der Welt heute ein Wirtschaftsproblem sei. Oft meine er, daß das wirtschaftliche Problem noch grundsätzlicher sei als die politischen Probleme. Insbesondere denke er dabei an die Erfahrung in seinem eigenen Land. Die Menschen in den Dörfern hätten nicht genug zu essen, obgleich Birma 2 Millionen Tonnen Reis exportiere. Sie hätten Reis, aber sonst nichts. Sie wollten anständige Kleidung, anständige Nahrung und ein Dach über dem Kopf. Dies gelte sicherlich auch für Länder wie Indien, Ceylon und Pakistan. Er glaube, daß man das Problem unter diesem Gesichtspunkt angehen müsse. Wenn diese Grundbedürfnisse gesättigt seien, stellten sich viele Probleme politischer Art überhaupt nicht. Die Menschen in jenen Ländern wüßten nicht, was Demokratie sei, und die Mehrheit von ihnen könnte keineswegs zwischen Kommunismus oder Sozialismus und anderen -ismen unterscheiden. Sie machten sich nur um das tägliche Brot Sorgen. Sobald einmal die Wirtschaftsprobleme gelöst seien, glaube er, daß man kein kommunistisches Diktat zu befürchten habe.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem weitgehend zu und bemerkte, er verstehe sehr wohl, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen nicht in gesellschaftspolitischen Kategorien urteilen dürfe. Er finde eine Reihe von Existenzformen vor, die berücksichtigt werden müßten. Dennoch sei zu bemerken, daß der Kommunismus ja kein rein politisches System, sondern auch ein Wirtschaftssystem sei. Auch die westeuropäische Demokratie forme die wirtschaftliche Existenz der westeuropäischen Länder. Trotzdem neige er ebenfalls zu der Auffassung, daß die Wirtschaftsprobleme so dominierend seien, denn sie stellten ja den Boden dar, auf dem man aufbaue. Nützlich könne die Arbeit aber nur sein, wenn Sicherheit und Frieden und Freiheit garantiert seien. Er wiederhole immer wieder, daß es Fünf- und Acht- und Zehnjahrespläne genug gebe, die Frage aber sei, wie man das zur Verfügung Stehende tatsächlich am nutzbringendsten einsetzt. Außer dem Kapital müsse man über das nötige Fachwissen verfügen und Ratschläge entgegennehmen. Dieses Fachwissen falle nicht vom Himmel, es sei vielmehr Aufgabe und Pflicht der

Industrienationen, ihre Erfahrungen weiterzugeben, damit die Hilfe auch wirklich fruchtbar sei.

Generalsekretär *U Thant* bemerkte, gerade auf dem Gebiet der technischen Hilfe hätten die Vereinten Nationen sehr viel getan. Es gebe zum Beispiel fast in jedem Land eine UN-Mission, an denen auch deutsche Sachverständige beteiligt seien, die im übrigen eine sehr wertvolle Arbeit leisteten. Er selbst betone den Wirtschaftsfaktor so sehr, weil er entsprechende Erfahrungen in Asien gemacht habe. Wenn die Menschen arm seien und Not litten, so gelangten sie sehr schnell in die Mentalität, daß jede andere Regierung besser wäre als die augenblickliche. Das sei die Mentalität in seinem Lande, in Laos und Kambodscha gewesen in den Jahren 1945–48. Psychologisch sei daher die Bevölkerung durch ihre Armut für jede Alternative bereit.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, glücklicherweise seien die Regierungen der Entwicklungsländer heute nicht mehr auf große Prestige-Projekte aus, sondern hätten allmählich erkannt, daß man zunächst auf möglichst breiter Basis beginnen müsse. Er selbst ermutige auch die deutsche Industrie, keine Großunternehmungen zu planen, sondern zunächst den Menschen Arbeitsmöglichkeit zu bieten, was bereits mit kleineren Investitionen erreicht werden könne. Damit würde die Bevölkerung in die Lage versetzt, sich der technischen Hilfsmittel überhaupt einmal zu bedienen, und dies sei viel wichtiger als symbolische Großunternehmungen.

Das Gespräch endete um 12.30 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 14

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

MB 2100/65 geheim

2. Juni 1965¹

Betr.: Gespräch zwischen dem Herrn Bundesaußenminister und Außenminister Rusk am 2. 6. 1965 – 15.30 [Uhr];
hier: Frage der NATO²

Der Herr *Bundesminister* bat Außenminister Rusk, die Vorschläge von Verteidigungsminister McNamara über die Bildung einer Gruppe für nukleare Zusammenarbeit in der NATO³ zu erläutern.

Außenminister *Rusk* erwiderte, es sei an eine Studiengruppe von 4–5 Mitgliedern gedacht. Sie solle die Diskussionen fortsetzen, die schon zur Beteiligung alliierter Offiziere bei SAC in Omaha⁴ geführt hätten. Beratungsgegenstände könnten „crisis management“ und die Einrichtung einer „hot line“ unter den Alliierten sein. Mit der MLF habe der Gedanke nichts zu tun. Er wisse im übrigen nicht, ob der NATO-Rat die Vorschläge aufgreifen werde.⁵ Wenn das nicht der Fall sein sollte, werde Verteidigungsminister McNamara sicher mit einigen Mitgliedstaaten darüber sprechen wollen. Das Ganze sei als ein Vorschlag zu technischen Diskussionen aufzufassen.⁶

¹ Entwurf der Gesprächsaufzeichnung.

² Ein weiterer Teil des Gesprächs war der Situation in Vietnam und in der Dominikanischen Republik gewidmet. Vgl. Dok. 228.

³ In der Sitzung der Verteidigungsminister der NATO-Staaten am 31. Mai 1965 in Paris hob der amerikanische Verteidigungsminister die Fortschritte der vergangenen Jahre hinsichtlich der Konsultation in der NATO hervor und führte weiter aus: „To continue this progress, I propose that a select committee of four or five ministers of defense address itself to two major aspects of this problem: first, possible ways of improving and extending allied participation in planning for the use of nuclear forces, including strategic forces, and, second, possible ways, including improved communications, of insuring that agreed consultation concerning the decision to use nuclear forces can take place as expeditiously as advanced technology will permit. [...] What I am proposing to you, then, is that the United States and three or four other alliance members work out at ministerial level additional measures to provide a greater degree of nuclear participation for any alliance members who wish to participate. Such measures should be thought of as additional to whatever action may be taken on the MLF/ANF.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 691 des Botschaftsrats I. Klasse Sahn, Paris (NATO), vom 31. Mai 1965; VS-Bd. 2469 (D I/Dg I A); B 150, Aktenkopien 1965.

⁴ In Omaha, Nebraska, befand sich das Strategische Bomberkommando (SAC) der NATO. Im Zuge der Reorganisation der nuklearen Streitkräfte der NATO, die auf der NATO-Ministerratstagung vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa beschlossen wurde, wurden die daran teilnehmenden nichtnuklearen Staaten „an der Planung und Zielauswahl durch Entsendung von Offizieren in den Stab des Nuclear Deputy und in den Verbindungsstab SACEURs zum amerikanischen Strategic Air Command in Omaha beteiligt“. Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 158. Vgl. ferner AAPD 1963, II, Dok. 190.

⁵ Der Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara war Thema einer informellen Besprechung der Ständigen Vertreter bei der NATO am 9. Juni und der MLF-Arbeitsgruppe am 10. Juni 1965. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 11. Juni 1965; VS-Bd. 10422 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1965.

⁶ Vgl. dazu weiter Dok. 235.

Außenminister Rusk erkundigte sich seinerseits, wann und gegebenenfalls mit welchen französischen Vorschlägen für Änderungen in der NATO⁷ zu rechnen sei.

Der Herr *Bundesminister* antwortete, daß diese in seiner kürzlichen Unterhaltung mit dem französischen Außenminister⁸ zur Sprache gekommen seien. Couve habe darauf hingewiesen, daß die französische Regierung mit dem derzeitigen System der NATO als Organisation bekanntlich seit langem nicht zufrieden sei. Soweit hieraus eindeutige Konsequenzen gezogen werden könnten, sei dies durch die französische Regierung geschehen. Als Beispiel habe ihm Couve die Zurückziehung der französischen Flotte⁹ genannt. Reformen, so habe Couve gesagt, könnten 1969 stattfinden. Darüber sollte man – wie er ausdrücklich hinzugesetzt habe – 1966 und 1967 diskutieren. Man könne dann, wie der französische Außenminister halb scherzhaft, halb ernst bemerkt habe, ein neues Abkommen auf 20 Jahre¹⁰ schließen. Informationen, nach denen die französische Regierung in der Zwischenzeit konkrete Schritte beabsichtige, habe Couve als Gerüchte abgelehnt. Vorschläge habe er nicht angekündigt.

Außenminister *Rusk* erkundigte sich, ob Couve vom Abschluß eines neuen Vertrages oder neuer Verträge gesprochen habe. Herr *Ball* setzte hinzu, es läge mehr an Informationen vor als nur Gerüchte. General de Gaulle bevorzuge bilaterale Vereinbarungen anstelle von multilateralen, um Einschränkungen der nationalen Souveränität zu vermeiden.¹¹

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß die französische Regierung einen klaren Unterschied zwischen der Allianz als solcher und der Organisation der NATO mache. Es sei richtig, daß General de Gaulle die Integration nicht wolle. Es schiene, daß ihm Vereinbarungen vorschwebten, in denen die gegenseitigen Verpflichtungen festgelegt würden. Das könnte insofern zum Bilateralismus führen, als es ein Europa, das in der Lage wäre, einen solchen Vertrag zu schließen, noch nicht gäbe. Indessen sei es zweifelhaft, ob General de Gaulle ein im einzelnen ausgearbeitetes Konzept habe. Er spreche immer wieder von einer europäischen Verteidigungsorganisation.¹² Eine solche würde voraussetzen, daß es ein Europa schon gibt oder ein Geflecht einzelner Verträge. Spezifiziert worden sei die Idee der europäischen Verteidigungsorgani-

⁷ Zur französischen Haltung zur NATO vgl. Dok. 210 und weiter Dok. 237.

⁸ Für das Gespräch vom 24. Mai 1965 vgl. Dok. 217.

⁹ Am 11. März 1959 wurde die französische Mittelmeerflotte dem NATO-Oberbefehl entzogen und von Toulon nach Brest verlegt. Vgl. dazu *L'ANNÉE POLITIQUE* 1959, S. 344–346.

Am 15. Juni 1963 teilte die französische Regierung dem NATO-Militärausschuß in Washington ihre Absicht mit, die im Nordatlantik stationierten französischen Seestreitkräfte dem NATO-Oberbefehl zu entziehen. Vgl. dazu *L'ANNÉE POLITIQUE* 1963, S. 267 f.
Vgl. dazu auch AAPD 1963, III, Dok. 194 und Dok. 204.

¹⁰ Der NATO-Vertrag vom 4. April 1949 war gemäß Artikel 13 nach zwanzigjähriger Gültigkeitsdauer erstmals kündbar. Vgl. dazu Dok. 143, Anm. 26.

¹¹ Vgl. dazu Dok. 210, besonders Anm. 5.

¹² Auf der Pressekonferenz vom 4. Februar 1965 führte Staatspräsident de Gaulle dazu aus: „Il s'agit que les six États qui, espérons-le, sont en voie de réaliser la communauté économique de l'Europe occidentale parviennent à s'organiser dans le domaine politique et dans celui de la défense afin de rendre possible un nouvel équilibre de notre continent.“ Vgl. *DE GAULLE, Discours et messages*, Bd. 4, S. 341.

sation noch nicht. Auf eine entsprechende Frage von Spaak habe der General erwidert, daß man über die Einzelheiten später reden könne. Daher schiene es, als befinde man sich zur Zeit eher im Stadium einer psychologischen Vorbereitung als in dem der Konkretisierung des Konzepts.

Herr *Leddy* warf die Frage ein, ob es nicht die Art des Generals sei, einen Schritt nach dem andern zu tun, seine letzten Ziele aber nicht zu enthüllen.

Der Herr *Bundesminister* wiederholte, daß man sich s. E. eher im Stadium einer psychologischen Vorbereitung befinde. Konkrete einseitige Schritte würden das Gespräch ja lediglich erschweren oder sogar unmöglich machen. Natürlich könne auch die psychologische Einwirkung auf die Allianz ihre Gefahren haben und die Lösungen erschweren.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß man über die Bedeutung von 1969 keine Mißverständnisse aufkommen lassen dürfe. Zwar könne sich 1969 ein Mitgliedstaat zurückziehen, aber im übrigen ginge die Allianz weiter. Das solle man auch klar aussprechen und gegebenenfalls deutlich machen, daß die Verantwortung bei Frankreich liegt.

Der Herr *Bundesminister* wies darauf hin, daß er sich in London gegenüber Herrn Ball¹³ im gleichen Sinne ausgesprochen habe, daß nämlich diejenigen, die an der Allianz festzuhalten wünschten, das laut sagen sollen. Über Verbesserungen könne man natürlich sprechen, aber nicht die Vorstellung aufkommen lassen, als gebe es nur die Alternativen, die Allianz entweder zu reformieren oder aufzulösen. Man dürfe nicht den Eindruck entstehen lassen, daß die Allianz in eine Krise geraten müsse, wenn es bis 1969 nicht zu einer Einigung über eine Reform gekommen sei. Aus diesem Grunde habe er auch Bedenken gegen die Bildung einer Studiengruppe für eventuelle Reformen. Man solle lieber in zwanglosen bilateralen Gesprächen erörtern, was gegebenenfalls verbessert werden könnte.

Herr *Ball* wies darauf hin, daß man vor der schwerwiegenden Frage stehe, wie die nächsten vier Jahre überwunden werden könnten. Die Allianz brauche eine innere Dynamik („potential of growth“), um zu funktionieren, und man könne nicht auf der niedrigsten Ebene arbeiten. Es bestünde die Gefahr einer Erosion des Bündnisses, der man nicht einfach zusehen könne.

Der Herr *Bundesminister* entgegnete, daß er den Zeitfaktor natürlich sehe. Er erinnerte daran, daß Couve Diskussionen für 1966/67 vorgeschlagen habe, ohne allerdings eigene Schritte anzukündigen. Er habe Couve schon im letzten Jahr nach den französischen Vorschlägen gefragt und die Antwort erhalten, daß solche zur Zeit nicht beabsichtigt seien, da ihre Annahme durch die Bündnispartner kaum erwartet werden dürfe.¹⁴ Es schiene ihm, wie der Herr Bundesminister hinzusetzte, nicht richtig, wenn die Allianzpartner Frankreich ständig nach seinen Absichten fragten. Er erkenne die von Herrn Ball

¹³ Bundesminister Schröder traf mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium anlässlich der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Mai 1965 zusammen. Für die Ausführungen von Schröder vor dem NATO-Ministerrat am 12. Mai 1965 zur Situation im Bündnis vgl. Dok. 206, Anm. 50.

¹⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister am 9. Dezember 1964 in Paris; AAPD 1964, II, Dok. 377.

genannten Schwierigkeiten nicht. Aber solange die Allianz lebe, lebe sie eben. Wenn man selbst keine Reformvorschläge machen wolle, dann müsse man eben abwarten und Zeit gewinnen. Er sei dagegen, daß man sich gleichsam Hals über Kopf in eigene Reformüberlegungen hineinstürze, was letzten Endes taktisch nur die französische Position stärken könnte.

Außenminister *Rusk* bemerkte, daß es notwendig sei, ganz klarzumachen, daß der Bilateralismus für die Vereinigten Staaten ohne Interesse sei. Angesichts der Unterschiede in der Verteidigungskraft könne bei bilateralen Vereinbarungen nur ein sehr ungleiches Geschäft herauskommen. Man müsse ganz klarmachen, daß man zur Erörterung bestimmter Vereinbarungen nicht bereit sei.

Der Herr *Bundesminister* entgegnete, daß es nicht einfach sei, diese Positionen zu definieren. Es sei zwar erkennbar, daß General de Gaulle einerseits die Integration beenden, andererseits jedoch den Schutz der Vereinigten Staaten behalten wolle. Indessen schiene es ihm, wie er wiederholen müsse, daß ein ausgearbeitetes Konzept nicht vorliege. General de Gaulle könne sein Ziel, den amerikanischen Schutz zu behalten, nur erreichen, wenn er bis dahin ein europäisches System habe. Er wüßte sicher, daß die Vereinigten Staaten an Vereinbarungen mit einzelnen europäischen Ländern nicht interessiert sind. Im Augenblick lasse er die Dinge sich wohl weiter entwickeln, um zu sehen, ob nicht allmählich eine Situation eintritt, die seiner Politik günstig ist. Die Basis hierfür sei, daß Frankreich über ein eigenes Verteidigungssystem als Rückfallposition verfüge, dessen Kern die Force de frappe sei.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

228

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

MB 2102/65 geheim

2. Juni 1965¹

Betr.: Unterredung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen
mit Secretary of State Dean Rusk am 2. Juni 1965;
hier: Vietnamkrise und Dominikanische Republik²

I. Die Unterredung dauerte von 15.30 Uhr bis wenige Minuten vor 17.00 Uhr.

Es nahmen an ihr außer den beiden Ministern teil:

auf amerikanischer Seite die Herren Ball, McGhee, Thompson, Leddy, Puhon;
auf deutscher Seite die Herren von Lilienfeld, Simon, Kastl, von Staden.

Als Dolmetscher des Herrn Bundesministers nahm Herr Weber teil.

II. Außenminister *Rusk* erkundigte sich, welche Fragen die öffentliche Meinung zur Zeit hauptsächlich beschäftigten.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, das sei nicht leicht zu sagen. In bezug auf die deutsche Stellung im Nahen Osten sei die öffentliche Meinung in der Grundtendenz optimistisch. Man glaube überwiegend, daß die Beziehungen innerhalb weniger Monate wieder normalisiert sein würden³, wenn man auch noch nicht wüßte wie. Über die Entwicklung in der NATO mache man sich zunehmend Sorgen. Da die Haltung der Regierung indessen klar und fest sei, hielten sich die Befürchtungen in Grenzen.

Mehr und mehr aber beschäftige sich die öffentliche Meinung mit der Krise im Fernen Osten.⁴ Um so wichtiger sei es daher, der deutschen öffentlichen Meinung einen guten und vollständigen Überblick zu geben. Die in der NATO erfolgte eingehende Unterrichtung⁵ sei dankbar begrüßt worden, dennoch bäte er seinen amerikanischen Kollegen, ihm eine Lagebeurteilung nach dem heutigen Stand zu geben.

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß das Interesse der öffentlichen Meinung für die Vietnamkrise ihn nicht erstaune, denn es handele sich in der Tat um eine sehr ausgedehnte und sehr gefährliche Krise.

Die amerikanische Regierung sei bemüht gewesen, durch zahlreiche verschiedene Kanäle festzustellen, ob die andere Seite an Gesprächen Interesse habe. Bilateral sei sowohl mit Moskau⁶ als auch mit Peking⁷ sowie indirekt mit

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Staden gefertigt.

² Ein weiterer Teil des Gesprächs war der Situation in der NATO gewidmet. Vgl. Dok. 227.

³ Vgl. dazu auch Dok. 236.

⁴ Zur Lage in Vietnam vgl. zuletzt Dok. 206.

⁵ Vgl. dazu Dok. 150, Anm. 17, und Dok. 206, Anm. 55.

⁶ Zu den Kontakten mit der UdSSR berichtete Botschafter Knapstein, Washington, am 21. Mai 1965: „Nachdem der lange zurückgestellte Entschluß, Nordvietnam zu bombardieren, durch den Angriff auf Pleiku gerade während des Besuchs von Kossygin in Hanoi ausgelöst worden war, für die Sowjets also überraschend und in einem denkbar ungünstigen Augenblick kam, ist die Administration ständig bemüht gewesen, ihre Aktionen in Vietnam gegenüber Moskau abzusichern.“

Hanoi⁸ gesprochen worden. Man habe versucht, über U Thant zu sondieren⁹ sowie über die britische und sowjetische Regierung als Ko-Präsidenten der Indochina-Konferenz.¹⁰ Herr Gordon Walker habe sich um Kontakte bemüht.¹¹ Man habe den Gedanken einer Konferenz über Kambodscha geför-

Fortsetzung Fußnote von Seite 922

Obwohl diese Dinge hier mit großer Diskretion gehandhabt und nur gelegentlich durch gezielte Indiskretionen bekanntgegeben werden, besteht kein Zweifel daran, daß die amerikanische Seite sich um einen dauernden diplomatischen Kontakt und um ständige Gespräche mit Moskau – teilweise durch dritte Mächte – über Verhandlungsmöglichkeiten in der Vietnamkrise bemüht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1340; VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Bezüglich der amerikanisch-sowjetischen Sondierungen stellte die chinesische Tageszeitung „Renmin Ribao“ am 11. November 1965 fest: „In January 1965 the U.S. imperialists asked the Soviet Government to use its influence to have the Government of the Democratic Republic of Viet Nam accept two conditions: 1) stop supporting south Viet Nam, and first of all stop supplying it with guns; and 2) stop the attacks on cities in south Viet Nam. Faithfully obeying the orders of the U.S. imperialists, the new leaders of the C.P.S.U. officially transmitted to the Democratic Republic of Viet Nam these preposterous demands, which were aimed at forcing the Vietnamese people into unconditional surrender.“ Vgl. PEKING REVIEW, Nr. 46 vom 12. November 1965, S. 15.

⁷ Über die Gespräche mit der Volksrepublik China gab der amerikanische Außenminister Rusk dem NATO-Ministerrat am 12. Mai 1965 in London die Information: „In den Warschauer Botschaftergesprächen hätten die Chinesen wiederholt das amerikanische Desinteressement an Taiwan als Vorbedingung für eine Vietnamlösung genannt. Es sei klar, daß für die Vereinigten Staaten die Auslieferung von 11 Mio. Menschen an den Kommunismus eine völlig unannehmbare Bedingung darstelle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 575 des Ministerialdirektors Krapf, z. Z. London, vom 12. Mai 1965; VS-Bd. 2649 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

⁸ Dazu teilte UNO-Generalsekretär U Thant dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, am 20. April 1965 mit: „Er habe sich bereits im Spätsommer 1963 über Moskau an Ho Chi Minh, den er gut kenne, mit der Frage gewandt, ob er bereit sei, mit den Amerikanern über eine Beilegung des Konfliktes zu verhandeln. Die Antwort sei seinerzeit positiv gewesen. [...] Um festzustellen, ob Ho Chi Minhs Bereitschaft nach wie vor bestehe, habe er im September 1964 seine Frage, gleichfalls über Moskau, wiederholt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 348 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 20. April 1965; VS-Bd. 2583 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

⁹ Mit Schreiben vom 8. Februar 1965 informierten die USA den UNO-Generalsekretär über die Situation in Vietnam. Am 12. Februar 1965 erklärte U Thant, „daß einer Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen viele Schwierigkeiten entgegenstünden angesichts der Vorgeschichte und der Tatsache, daß einige der Hauptparteien in den Vereinten Nationen nicht vertreten seien. [...] Es ist hier allen Beteiligten klar, daß es wenig Sinn hat, die Situation im Rahmen der Vereinten Nationen zu erörtern, wenn die eine Seite – Nordvietnam und Rotchina – nicht bereit ist, sich daran zu beteiligen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 150 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 12. Februar 1965; Referat I B 5, Bd. 160.

Am 10. April 1965 bestätigte U Thant im Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Erler, in New York Mitteilungen über die Forderung der Volksrepublik China, „daß Verhandlungspartner der USA die Vietcong in Südvietnam sein müßten. Diese chinesische Vorstellung sei aber völlig unrealistisch; welcher Staat könne denn mit Rebellen im eigenen Lande verhandeln?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 329 von Braun vom 12. April 1965; VS-Bd. 2426 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁰ Vom 26. April bis 21. Juli 1964 fand in Genf eine Konferenz über Indochina statt, bei der der sowjetische Außenminister Molotow und der britische Außenminister Eden abwechselnd den Vorsitz führten. Beschlossen wurden ein Waffenstillstand für Indochina, die Gründung der unabhängigen Staaten Laos und Kambodscha sowie die Trennung Nord- und Südvietnams als Interimslösung für Vietnam. Für den Wortlaut der Schlußakte vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

¹¹ Der ehemalige britische Außenminister bereiste vom 13. April bis 4. Mai 1965 als Sonderbotschafter die südostasiatischen Staaten, um Möglichkeiten einer Regelung des Vietnam-Konflikts zu erörtern. Die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) lehnte seinen Besuch ebenso ab wie die Volksrepublik China, die in einer Note vom 18. April 1965 an Großbritannien erklärte, daß die britische Haltung zum Vietnam-Problem nur „die Arroganz der amerikanischen Aggressoren“ verstärke. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 83, 91 und 104.

dert¹² in der Vorstellung, daß dies eine erste Konferenz in einer Kette weiterer Konferenzen sein könne. Man habe geprüft, ob sich aus Verhandlungen unter den drei Partnern in Laos ein weiteres Gespräch ergeben könne.¹³ Der Präsident habe schließlich in seiner Rede in Baltimore Verhandlungen ohne Vorbedingungen angeboten¹⁴ und dann eine Pause in den Bombardierungen von Nordvietnam¹⁵ angeordnet.

All dies sei ergebnislos geblieben.¹⁶ Das bedeute nicht, daß alle diese Kanäle nunmehr geschlossen seien, aber ein aktives Interesse der anderen Seite an Gesprächen habe sich nicht feststellen lassen.

Moskau sei unter starkem Druck von Peking. Der sowjetischen Politik würde feiges Verhalten vorgeworfen, und es würde behauptet, sie ließe Hanoi im Stich.¹⁷ Moskau habe keinen entscheidenden Einfluß auf Hanoi. Es sei im Ge-

¹² Zu diesem Vorschlag des Präsidenten Sihanouk vgl. Dok. 196, Anm. 16.

Am 24. Mai 1965 stellte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg dazu fest, die USA, Großbritannien, die UdSSR, Frankreich und die Republik Vietnam (Südvietnam) hätten dem Vorschlag Ende April zugestimmt: „Schwierigkeiten erwachsen aus den von Prinz Sihanouk wohl auf Drängen Pekings inzwischen gestellten – und praktisch unannehmbaren – Bedingungen. Auf dieser Konferenz, die ausschließlich dem Problem der Neutralität und territorialen Integrität Kambodschas gewidmet sein müsse, sollte auch der Vietcong vertreten sein.“ Einen Ausweg biete der kambodschanische Versuch, die interessierten Mächte zur Abgabe individueller Erklärungen zur Neutralität und territorialen Unantastbarkeit Kambodschas zu bewegen, wodurch Kambodscha sein Ziel ohne Zusammentritt einer internationalen Konferenz erreichen könne. Vgl. Referat I B 5, Bd. 165.

¹³ Im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, gab der amerikanische Außenminister Rusk am 14. April 1965 der Hoffnung Ausdruck, daß die „zwischen den verschiedenen Gruppen in Laos in etwa einer Woche stattfindenden Gespräche [...] einen gewissen Rückschluß auf die Haltung von Hanoi und Peking ermöglichen“ könnten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1042 des Botschafters Knappestein, Washington, vom 14. April 1965; VS-Bd. 3971 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁴ Am 7. April 1965 sprach sich Präsident Johnson in der Johns Hopkins University für eine Friedensregelung für Vietnam aus: „Such peace demands an independent South Vietnam – securely guaranteed and able to shape its own relationships to all others – free from outside interference – tied to no alliance – a military base for no other country. [...] And we remain ready, with this purpose, for unconditional discussions.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965, S. 396.

¹⁵ Am 13. Mai 1965 gab das amerikanische Außenministerium bekannt, die USA hätten der nordvietnamesischen Regierung am 1. Mai 1965 angeboten, die Luftangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam einzustellen, wenn die nordvietnamesische Regierung die Infiltration der Republik Vietnam (Südvietnam) mit Menschen und Material stoppe. Am selben Tag wurden die Bombenangriffe eingestellt, jedoch nach fünf Tagen wieder aufgenommen, nachdem die nordvietnamesische Regierung auf das amerikanische Angebot nicht reagiert hatte. Vgl. dazu den Artikel von Max Frankel: „U.S. Orders Moratorium in North Vietnam Raids as New Peace-Talk Move“, NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39195 vom 17. Mai 1965, S. 1 f.

¹⁶ Am 7. Juni 1965 berichtete der kanadische Außenminister im Unterhaus über die ergebnislosen Sondierungen des kanadischen Mitglieds der Internationalen Kontrollkommission für Vietnam, Seaborn, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Martin brachte dabei Bedauern darüber zum Ausdruck, „daß die Reaktion der nordvietnamesischen Regierung auf die Unterbrechung der Luftangriffe negativ war“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 546 des Botschaftsrats I. Klasse Reichhold, Ottawa, vom 11. Juni 1965; Referat I B 5, Bd. 161.

¹⁷ Derartige Vorwürfe erhob die chinesische Regierung insbesondere nach dem Zwischenfall im Golf von Tongking im August 1964 gegen Ministerpräsident Chruschtschow. Am 12. November 1965 gab die Zeitschrift „Peking Review“ der chinesischen Kritik Ausdruck: „When Khrushchov was in power, the revisionist leadership of the C.P.S.U. openly sided with U.S. imperialism and opposed and undermined the revolutionary struggle of the Vietnamese people against U.S. aggression. [...] they openly refused to support and aid the Vietnamese people in their anti-U.S. struggle“.

genteil so, daß Hanoi die Sowjets mit sich ziehe. Die Sowjetunion habe bereits einige moderne Waffen an Nordvietnam geliefert – man habe bislang drei Raketen-Basen festgestellt –, die im Raum von Hanoi und Haiphong konzentriert seien. Andere Typen moderner Waffen stünden, soviel man feststellen könne, auf dem weiteren Lieferungsprogramm.¹⁸

Demgegenüber habe Rotchina bisher keine materielle Hilfe größeren Stiles an Nordvietnam geleistet. Man nehme an, daß Peking die Waffenlieferungen der Sowjets an Hanoi zeitweise behindert habe.¹⁹ Es schiene jedoch, als seien diese Behinderungen eingestellt worden. Größere chinesische Material- oder Truppenbewegungen in Richtung auf Nordvietnam seien nicht festzustellen, wie überhaupt namhafte Truppenbewegungen weder in der Sowjetunion noch in China zu beobachten seien.

Dagegen habe die Infiltration von Nordvietnam nach Südvietnam zugenommen, und zwar einschließlich einiger regulärer Truppeneinheiten.

Hanoi wolle offenbar die Monsunzeit abwarten und hoffe auf militärische Erfolge.²⁰ Auch hoffe Hanoi immer noch, daß die internationale öffentliche Meinung und die amerikanische öffentliche Meinung eine Änderung der amerikanischen Politik bewirken könnte. Zusammenfassend könne man sagen, daß die kommunistischen Anstrengungen in Vietnam nicht nachließen, daß keinerlei Anzeichen für eine Bereitschaft zum Gespräch erkennbar seien, daß aber auf der anderen Seite auch keine Vorbereitungen für ein massives Eingreifen der nordvietnamesischen Armee beobachtet werden könnte.

Die Vereinigten Staaten müßten in dieser Lage sicherstellen und klarmachen, daß die kommunistische Seite keinen Erfolg haben könne. Gleichzeitig müsse man die Kanäle für Gespräche offenhalten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 924

Zwar habe die neue sowjetische Regierung von der Politik des „disengagement“ Abstand genommen. Zur neuen sowjetischen Politik wurde jedoch festgestellt: „The policy of involvement and the policy of disengagement are essentially the same. Both are products of Khrushchov revisionism and both are designed to meet the needs of U.S. imperialism.“ Vgl. den Artikel „Refutation of the New Leaders of the C.P.S.U. on ‚United Action‘“; PEKING REVIEW, Nr. 46 vom 12. November 1965, S. 10–21; hier S. 15.

¹⁸ In einem Schreiben an 21 Kommunistische Parteien vom Januar 1966 teilte das ZK der KPdSU dazu mit: „Die Sowjetunion liefert der D[emokratischen] R[epublik] V[ietnam] große Mengen Waffen, darunter Raketenanlagen, Flakartillerie, Flugzeuge, Panzer, Küstengeschütze, Kriegsschiffe und anderes. Allein im Jahre 1965 wurden der DRV Waffen und anderes Kriegsmaterial für rund eine halbe Milliarde Rubel zur Verfügung gestellt.“ Vgl. den Artikel „Peking plant den Weltkrieg“; DIE WELT, Nr. 67 vom 21. März 1966, S. 6.

¹⁹ Dazu hielt das ZK der KPdSU mit Schreiben vom Januar 1966 an 21 kommunistische Parteien fest, die Kommunistische Partei Chinas habe nicht nur die Zusammenarbeit bei der militärischen Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnam abgelehnt: „Gleichzeitig behinderte die Führung der KPCh die Verwirklichung der Abmachung der Regierung der UdSSR mit der Regierung der DRV über die unverzügliche Vergrößerung der Militärhilfe für die Demokratische Republik Vietnam. Die Führung der KPCh gestattete nicht, daß sowjetische Transportflugzeuge mit Waffen das Territorium der VRCh überfliegen. Dann legten offizielle chinesische Persönlichkeiten auch der Beförderung von Kriegsmaterial nach Vietnam auf dem Schienenwege Hindernisse in den Weg.“ Vgl. den Artikel „Peking plant den Weltkrieg“; DIE WELT, Nr. 67 vom 21. März 1966, S. 6.

²⁰ Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 1781 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 7. Juli 1965; VS-Bd. 2583 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965. Für einen Auszug vgl. Dok. 280, Anm. 14.

Wichtig sei, daß die Hilfe der freien Welt für Südvietnam zunehme und daß immer mehr Länder sich daran beteiligten. Nach amerikanischen Feststellungen sympathisierten etwa 70 Länder entweder offen oder insgeheim mit Südvietnam, etwa 25 Länder verhielten sich indifferent, und nur 25 Länder stünden im Gegensatz zum Ringen um die Freiheit von Südvietnam.

Die Vereinigten Staaten wünschten nicht, den Konflikt in einen großen Krieg auszuweiten. Sie seien aber entschlossen, von ihren Verpflichtungen gegenüber Südvietnam nicht zurückzutreten.

Auf die Frage des Herrn *Bundesministers*, wie die künftige Lage zu beurteilen sei, erwiderte Außenminister *Rusk*, daß es schwierig erschiene, eine Prognose zu stellen. Man könne nicht sagen, was die andere Seite in 2–3 Monaten unternehmen werde, und ebensowenig ließe sich voraussehen, was die Vereinigten Staaten in 2–3 Monaten würden tun müssen.

Mit der Sowjetunion hätten während der letzten Monate nur noch wenige Gespräche stattgefunden. Das betonte Zögern der Sowjets, sich in solche Gespräche einzulassen, sei in Wien deutlich gewesen, wo er mit Gromyko nur wenige Minuten eines ziemlich harten Gesprächs über Vietnam gehabt habe.²¹ Es gebe in den Kontakten mit den Sowjets nicht sehr vieles, was über das hinausginge, was öffentlich bekannt geworden sei.

Der Herr *Bundesminister* stellte die Frage, ob Indien sich in die Bemühungen um Verhandlungen eingeschaltet habe.²²

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß er über die Einzelheiten der indischen Kontaktgespräche nicht unterrichtet sei. Die Vorschläge des indischen Präsidenten²³ seien interessant, wären aber von Hanoi zurückgewiesen worden.²⁴

²¹ Aus dem anläßlich der 10-Jahres-Feier des Österreichischen Staatsvertrags am 15. Mai 1965 geführten Gespräch des amerikanischen Außenministers mit seinem sowjetischen Kollegen wurde in den USA der Schluß gezogen, daß „die Sowjets – zumindest auf Ministerebene – nicht bereit [sein], über Vietnam zu sprechen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1340 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 21. Mai 1965; VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

²² Bereits am 9. Februar 1965 forderte die indische Regierung „die am Vietnam-Konflikt beteiligten Mächte“ auf, „sich weiterer Aktionen zu enthalten, um eine Erweiterung des Konflikts zu verhindern und gleichzeitig den Boden zu bereiten für die schnelle Einberufung einer Konferenz „nach dem Muster von Genf“. Ministerpräsident Shastri kündigte zugleich an, er werde sich bei Präsident Johnson und Ministerpräsident Kossygin für Gespräche zur Erörterung des Vietnam-Konflikts einsetzen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 82 des Botschafters Duckwitz, Neu Delhi, vom 9. Februar 1965; Referat I B 5, Bd. 160.

²³ Präsident Radhakrishnan forderte in einer Rede am 24. April 1965 in Neu-Delhi die Einstellung der Feindseligkeiten in Vietnam und schlug vor, „daß einzelne afro-asiatische Länder eine gemeinsame Streitmacht aufstellen sollten, die über die Einhaltung des Waffenstillstandes wachen und die Kontrolle der gegenwärtigen Grenze zwischen Nord- und Südvietnam übernehmen solle“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 788 des Botschaftsrats I. Klasse Lüders, Neu Delhi, vom 7. Mai 1965; Referat I B 5, Bd. 161.

Mit Schreiben vom 1. Mai 1965 unterbreitete Radhakrishnan Präsident Johnson diesen Vorschlag. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1965, D 440 und Z 105.

²⁴ Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua erklärte ein Sprecher des nordvietnamesischen Außenministeriums im Mai 1965: „Die indische Anregung zur ‚Einstellung der Feindseligkeiten in beiden Zonen Vietnams‘ stellt den Aggressionskrieg der US-Imperialisten mit dem gerechten, patriotischen Kampf des vietnamesischen Volkes zur Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität auf eine Stufe.“ Zudem bedrohe er den Frieden und die Sicherheit in Südostasien. Für die Meldung vom 26. Mai 1965 vgl. die Mitteilung des Presse- und Informa-

Man habe ferner nicht den Eindruck, daß die Vietnamfrage in den Gesprächen des indischen Premierministers in Moskau²⁵ eine größere Rolle gespielt habe.

Anknüpfend an die Bemerkung von Außenminister Rusk über die Infiltration regulärer nordvietnamesischer Truppeneinheiten nach Südvietnam erkundigte sich der Herr *Bundesminister* über die Wirkungen der Bombardierungen auf Nordvietnam.

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß die Bombardierungen erhebliche Beschädigungen an militärischen Einrichtungen, Brücken usw. verursacht und die logistische Unterstützung für die Vietkong erschwert hätten. Ferner hätten die Gegenschläge beigetragen, die Moral in Südvietnam zu heben und die übrigen freien Länder Asiens zu beeindrucken. Schließlich hoffe man, daß die Schläge auch dazu beitragen könnten, Peking und Hanoi erneut von der amerikanischen Entschlossenheit zu überzeugen. Bei alledem sei man nicht etwa der Meinung, daß die Gegenschläge für sich genommen den Guerillakrieg beenden könnten.

Der Herr *Bundesminister* wies auf die Bedeutung einer Unterrichtung der Alliierten der Vereinigten Staaten hin und sprach erneut seine Befriedigung über die in der NATO erfolgte Berichterstattung aus. Es sei von außerordentlicher Bedeutung, daß man imstande sei, die Schwierigkeiten und Probleme seines Bündnispartners richtig einzuschätzen. Ohne daß damit eine Konsultation in Einzelheiten verbunden zu sein brauche, komme deshalb der Unterrichtung größte Bedeutung zu.

Außenminister *Rusk* wies darauf hin, daß es unter den Alliierten in der NATO seiner Überzeugung nach keine Mißverständnisse in bezug auf die amerikanische Politik in Vietnam geben könne. Er erinnerte daran, daß die Vereinigten Staaten gewisse besondere Verpflichtungen hätten, etwa durch ihre Allianzen mit Japan, Korea und Nationalchina.²⁶ Er schlosse im übrigen die Möglichkeit nicht aus, daß die Krise in Südostasien auch Rückwirkungen in anderen Regionen haben könne.

Der Herr *Bundesminister* unterstrich erneut, daß man an der Tatsache nicht vorbei könne, daß die Vietnamkrise zur Zeit einen großen Raum in der amerikanischen Außenpolitik beanspruche. Gerade deshalb müsse man sich genau unterrichten, um unseren Partner auch richtig verstehen zu können.

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß manchenorts der Eindruck bestehe, die Vereinigten Staaten konzentrierten sich zu sehr auf Vietnam. Man dürfe jedoch nicht verkennen, daß es sich um eine sehr schwere und gefährliche Krise

Fortsetzung Fußnote von Seite 926

tionsamts; Referat I B 5, Bd. 161.

Vgl. dazu auch den Artikel „What's Behind India's 'New proposal' on Viet Nam Question?“, PEKING REVIEW, Nr. 20 vom 14. Mai 1965, S. 24–26.

²⁵ Ministerpräsident Shastri besuchte vom 12. bis 19. Mai 1965 die UdSSR. Für das Kommuniké vgl. PRAVDA, Nr. 140 vom 20. Mai 1965, S. 1. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1965, Z 119.

²⁶ Am 8. September 1951 schlossen die USA ein Sicherheitsabkommen mit Japan, am 8. August 1953 einen Vertrag über gegenseitige Verteidigungshilfe mit der Republik Korea (Südkorea) und am 2. Dezember 1954 ein Verteidigungsabkommen mit der Republik China (Taiwan). Vgl. EUROPA-ARCHIV 1951, S. 4552 f., EUROPA-ARCHIV 1953, S. 5964, und EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7254 f.

handele, um eine große Krise. Es sei deshalb notwendig, seine Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren und alles zu tun, um die Entwicklung unter Kontrolle zu halten.

Der Herr *Bundesminister* unterstrich unser eigenes Interesse an den Vorgängen in dieser Region und auch an den Plänen zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie z. B. in dem Gedanken einer asiatischen Entwicklungsbank²⁷ oder dem Mekong-Projekt²⁸ zum Ausdruck kämen.

Außenminister *Rusk*, dem Mr. Ball hierbei in ergänzenden Ausführungen beistimmte, wies darauf hin, daß die asiatische Entwicklungsbank als ein asiatisches Unternehmen geplant sei und durchgeführt werden solle. Dies bedeute indessen nicht, daß man kein Interesse an finanziellen Beiträgen der westlichen Industriestaaten habe. Im Gegenteil, solche Beiträge seien notwendig und würden lebhaft begrüßt.

III. Der Herr *Bundesminister* erkundigte sich anschließend nach der Lage in der Dominikanischen Republik.²⁹

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß man gerade in der letzten Nacht beschlossen habe, ein Team von drei Persönlichkeiten (USA, Brasilien, El Salvador) nach Santo Domingo zu entsenden³⁰, um die Normalisierung der Verhältnisse dort durchzuführen. Dieser Beschluß sei bei drei Stimmenthaltungen mit 15 gegen 2 (Mexiko, Uruguay) zustande gekommen. Enthalten habe sich u. a. Chile.

In der Dominikanischen Republik hätten nunmehr beide Seiten eingesehen, daß eine Lösung mit militärischen Mitteln nicht möglich sei. Man wisse aber noch nicht, wie man die Krise lösen solle. Nach amerikanischer Auffassung müßte sowohl die extreme Linke als auch die extreme Rechte ausgeschaltet werden. Dies sei auch die Meinung der Mehrheit der Dominikaner. Allerdings seien die Kommunisten immer noch bemüht, den Hebel in die Hand zu bekommen. Leider könne man nicht alle kommunistischen Aktionen bekanntmachen, da dadurch die Sicherheit einer Anzahl von Persönlichkeiten gefährdet würde. Der kommunistische Einfluß sei schon unter Bosch rasch gestiegen, und dessen eigene Anhänger hätten kein Geheimnis daraus gemacht, wie groß die kommunistische Rolle und wie ernst die kommunisti-

²⁷ Vgl. dazu Dok. 231, Anm. 8.

²⁸ Am 1. Juni 1965 ersuchte Präsident Johnson den amerikanischen Kongreß um zusätzliche Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung Südost-Asiens. Dazu führte er aus: „Approximately \$ 19 million will provide the first installment of our contribution to the accelerated development of the Mekong River Basin. [...] This money will enable us to meet a request for half the cost of building the Nam Ngum Dam, which the international Mekong Committee has marked 'top priority' if the Mekong River is to be put to work for the people of the region. This will be the first Mekong power project to serve two countries, promising power to small industry and lights for thousands of homes in Northeast Thailand and Laos.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965, S. 607.

²⁹ Vgl. dazu bereits Dok. 197, besonders Anm. 2.

³⁰ Zur bisherigen Tätigkeit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in der Dominikanischen Republik vgl. Dok. 197, Anm. 4.

Nachdem der Leiter der ersten OAS-Kommission, Colombo, sein Amt niedergelegt hatte, blieb der Generalsekretär der OAS, Mora, als Sonderbevollmächtigter in Santo Domingo. Am 2. Juni 1965 entsandte die OAS eine Dreier-Kommission „zur Unterstützung Moras und zur Erarbeitung politischer Lösungen“ in die Dominikanische Republik. Vgl. den Drahtbericht Nr. 55 des Botschafters van Almsick, Santo Domingo, vom 3. Juni 1965; Referat I B 2, Bd. 469.

sche Gefahr sei. Nunmehr hätte die Anwesenheit der Truppen der OAS³¹ die Aussichten der radikalen Elemente, die Macht zu ergreifen, verringert. Die Lösung der Krise werde noch einige Zeit beanspruchen. Er sei aber dennoch mäßig optimistisch. Bis zur Lösung müsse praktisch die OAS die Verantwortung übernehmen.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte, es sei ein Glück, daß man jetzt in Brasilien eine kooperativere Regierung habe. Als er im vergangenen Jahr in der Begleitung des Bundespräsidenten in Brasilien war³², habe er von der Entwicklung dort einen günstigen Eindruck mitgenommen.

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß allgemein diejenigen der lateinamerikanischen Länder die Haltung der Vereinigten Staaten unterstützten, die sich bedroht fühlten. Die Entwicklung in Brasilien sei in der Tat ermutigend. Es dürfe als sicher gelten, daß dort bald Wahlen stattfinden³³ und normale demokratische Verhältnisse wieder einkehren würden. Man sei sehr befriedigt über diese Wendung der Entwicklung zum Guten.

Anknüpfend an die Stimmenthaltung von Chile beim letzten Beschluß der OAS erwähnte der Herr *Bundesminister*, daß Staatspräsident Frei demnächst zu einem Staatsbesuch nach Bonn kommen werde. Obwohl man die Christlich-Demokratische Partei Chiles mit der in Deutschland nicht ohne weiteres vergleichen könne, werde Herr Frei doch sicher mit besonderer Sympathie begrüßt werden.³⁴

Außenminister *Rusk* erwiderte, daß man Frei in den Vereinigten Staaten besonders respektiere. Seine Stellung in der Dominikanischen Krise sei nicht einfach, weil er mit Bosch persönlich befreundet sei.³⁵ Wie Herr *Ball* bestätigte, bedeutet das jedoch nicht eine Billigung der Regierungsmethoden von Bosch. Bosch habe Jahrzehnte im Exil verbracht³⁶ und seine Freundschaften mit anderen lateinamerikanischen Politikern hauptsächlich während dieser Zeit geknüpft. Gerade aber unter seinen Freunden seien viele gewesen, die über die Schwäche seiner Führung als Präsident sehr besorgt gewesen wären.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

³¹ Zur Entsendung von Truppen durch die OAS vgl. Dok. 198, Anm. 6.

³² Bundespräsident Lübke hielt sich vom 7. bis 14. Mai 1964 zu einem Staatsbesuch in Brasilien auf. Vgl. dazu *BULLETIN* 1964, S. 673–675 und S. 713 f.

³³ Die Gouverneurswahlen in Brasilien fanden am 3. Oktober 1965 statt. Obwohl in acht der elf Staaten Kandidaten der Opposition gesiegt und der ehemalige Präsident Kubitschek aus dem Exil zurückgekehrt war, kündigte Präsident Branco am 6. Oktober 1965 gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherung der Revolution an. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1965, Z 197.

³⁴ Der chilenische Präsident hielt sich vom 19. bis 22. Juli 1965 zu einem Staatsbesuch in Bonn auf. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Frei am 18. Juli 1965 in München vgl. Dok. 285.

³⁵ Zur chilenischen Haltung gegenüber der Krise in der Dominikanischen Republik vgl. auch die Verbalnote vom 18. Mai 1965 an die Bundesrepublik; Referat I B 2, Bd. 468.

³⁶ Gavino Juan Bosch lebte von 1937 bis 1961 und wieder seit September 1963 im Exil.

Deutsch-amerikanische Regierungsbesprechung in Washington

Z A 5-56.A/65 geheim

2. Juni 1965¹

Anläßlich eines Abendessens am 2. Juni 1965 im Blair House in Washington traf der Herr Bundesminister des Auswärtigen mit Außenminister Rusk, Staatssekretär Ball, Mr. Leddy, Botschafter Thompson und Botschafter McGhee zusammen.

Herr *Ball* sagte, er betrachte die NATO als lebendigen Organismus, der sich auch weiterhin entwickeln können müsse. Wenn de Gaulle immer nur nein sage, werde dies von einem gewissen Zeitpunkt ab untragbar. Man könne die ganze Angelegenheit nicht zu lange in der Luft hängen lassen, da sonst die Gefahr bestehe, daß alles auseinanderfalle. Allerdings befänden sich die Franzosen insofern in einer besonderen Situation, als das Hauptquartier sowie die Nachschublinien sich in ihrem Lande befänden, das außerdem noch durch die geographische Position begünstigt sei. Man habe aber die Möglichkeit, durch die Auflösung einiger Stellen Tausende von französischen Angestellten zu entlassen, wodurch eine gewisse Einflußnahme auf de Gaulle denkbar sei.

Herr *Leddy* sagte, der Zeitpunkt etwaiger Maßnahmen sei sehr wichtig, da man nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob man an einem Ausscheiden Frankreichs interessiert sei. Er verstehe nicht ganz den Unterschied, den de Gaulle zwischen dem Bündnis einerseits und seiner Organisation andererseits mache.²

Herr *Rusk* fragte, ob es zweckmäßig sei, im Hinblick auf die Wahlen³ die NATO-Ministertagung im Dezember in Paris⁴ abzuhalten. Was die amerikanische Position angehe, so habe er französischen Journalisten gegenüber gesagt, die Vereinigten Staaten hätten 250 000 Mann im Herzen Europas stationiert, und deshalb hätten sie ein unmittelbares Interesse daran, was dort vorgehe.

Auf den Vorschlag von Herrn *Ball*, der Herr Bundeskanzler könne bei seinem bevorstehenden Gespräch mit de Gaulle diese Frage einmal ventilieren, bemerkte der Herr *Minister*, de Gaulle werde darauf nur in sehr allgemein gehalten.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 8. Juni 1965 gefertigt.

Am 9. Juni 1965 vermerkte Ministerialdirigent Simon für Bundesminister Schröder: „Ich hielt es für gut, wenn Sie die Aufzeichnung vor Weitergabe an St[aatssekretär] II und D II läsen, da sie recht offene Äußerungen enthält.“

Hat Schröder am 27. Juni 1965 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Nur St[aatssekretär] I.“ Außerdem vermerkte Schröder: „2, 3, 6, 9“. Vgl. Anm. 5, 6, 9, 13 und 30.

² Zur Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle zur atlantischen Allianz und zum NATO-Bündnis vgl. zuletzt Dok. 210.

³ Am 5. Dezember 1965 fanden in Frankreich Präsidentschaftswahlen statt.

⁴ Während die Frühjahrstagungen des NATO-Ministerrats an wechselnden Orten stattfanden, wurden die Beratungen der Außenminister im Dezember üblicherweise am Sitz der NATO in Paris abgehalten.

tenen Wendungen eingehen und wiederholen, was er bisher bereits gesagt habe. Er selbst sehe die Gefahr, daß gesagt werde, man solle einmal zu zweit darüber sprechen, was zu deutsch-französischen Gesprächen über dieses Thema führen würde, die er selbst nicht begrüßen würde.

Herr *Ball* war der Auffassung, daß die öffentliche Meinung in Deutschland, die Stärke Deutschlands und das militärische Gleichgewicht für de Gaulle wichtige Gesichtspunkte seien. Deswegen sei es für ihn auch unerlässlich, den deutschen Standpunkt über die Wichtigkeit der NATO zu verstehen und in seine Überlegungen einzubeziehen. Wenn von deutscher Seite in diesem Sinne an de Gaulle herangetreten würde, könnte das die Situation klären und verbessern.

Der Herr *Minister* sagte, de Gaulle sei ein Künstler in Allgemeinheiten und weiche den Details aus. De Gaulle würde sicher nur wiederholen, was er bereits gesagt habe, daß er die Integration beendet sehen wolle und daß jedes Land seine eigene militärische Organisation haben⁵ sollte. Daraus folge, daß die derzeitige NATO-Organisation nach de Gaulles Auffassung 1969 enden sollte. Er glaube nicht, daß aus de Gaulle jetzt⁶ mehr herauszuholen sei. Es stelle sich die Frage, ob ein Kompromiß denkbar sei, doch sehe er hierfür keinen Ansatzpunkt. De Gaulle werde aber alles tun, um den Nervenkrieg zu verschärfen, so daß die anderen vor der Alternative stünden, entweder seine Ansichten zu akzeptieren oder sich mit seinem Austritt 1969 abzufinden.

Herr *Ball* führte aus, die deutsche Stimme habe bei de Gaulle Gewicht, wegen amerikanische Äußerungen immer zu negativen Reaktionen führten. Deutschland sei von besonderer Bedeutung für ihn, und deswegen komme es darauf an, daß ihm die deutschen Ansichten nachdrücklich klargemacht würden. Es sei jedenfalls untragbar, daß die Allianz auf diese Weise unterhöhlt werde. Worum es schließlich gehe, sei die Zukunft des Bündnisses und die Frage, ob die Vereinigten Staaten sich in der bisherigen Form weiter beteiligen könnten.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, daß in den letzten Gesprächen mit de Gaulle dieser daran erinnert worden sei, daß man deutscherseits auf der Fortsetzung der Integration bestehen müsse.⁷ Dies habe auf ihn nicht den geringsten Eindruck gemacht. Er sei bei seiner Auffassung geblieben, daß die Franzosen eine Integration nicht aufrechterhalten könnten und wollten, ohne den deutschen Wunsch auch nur im geringsten zu berücksichtigen. De Gaulle habe keinerlei Neigung, auf die Deutschen Rücksicht zu nehmen, was auch die Vergangenheit gezeigt habe, wie zum Beispiel im Falle Großbritanniens Beitritt zum Gemeinsamen Markt.⁸ Deswegen glaube er auch nicht, daß man

⁵ Der Passus „seine eigene ... haben“ wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sein eigenes Schicksal selbst bestimmen“.

⁶ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

⁷ Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Staatspräsidenten am 19./20. Januar 1965 in Rambouillet; Dok. 22 und Dok. 27.

⁸ Am 28./29. Januar 1963 scheiterte der Beitritt Großbritanniens zur EWG. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

deutscherseits de Gaulle beeinflussen könne. Man solle den deutschen Einfluß nicht überschätzen und de Gaulles Beharrlichkeit⁹ nicht unterschätzen.

Herr *Ball* wies darauf hin, die Vergangenheit habe gezeigt, daß de Gaulle angesichts harter Tatsachen seine Haltung auch ändern könne. Alle Mitglieder des Bündnisses müßten ihm klarmachen, daß dies eine gefährliche Situation sei und zu einer Isolation Frankreichs führen könne, die sich de Gaulle nur selbst zuzuschreiben hätte.

Herr *Ball* behauptete, die Deutschen seien sich ihrer eigenen Stärke nicht bewußt.

Der Herr *Minister* erinnerte daran, was de Gaulle während der vergangenen Jahre in der NATO auch immer getan habe, das Ergebnis sei gewesen, daß man der Einstimmigkeit wegen es akzeptiert und sich damit abgefunden habe. Er denke dabei nur an die verschiedenen Kommuniké-Sitzungen. Der Grundsatz der Einstimmigkeit habe dazu geführt, daß man sich immer auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner einigen mußte. Diese groteske Situation bestehe nun seit ein paar Jahren. Wenn man keine echten Druckmittel habe, könne man die Franzosen nicht zum Mitmachen bewegen. Darum gehe es im Grunde. Weil dies so sei, sehe er auch keinerlei Aussichten, de Gaulle zu einer kooperativeren Haltung zu bewegen. Damit müsse man sich wohl abfinden. Man könne ihn nicht dazu zwingen, aktiver zu werden, wenn man nicht ganz überlegene Möglichkeiten habe. Diese überlegenen Möglichkeiten sehe er aber nicht. De Gaulle sei bereit, seinen Weg weiterzugehen, weil er glaube, daß bis 1969 Frankreich sich selbst verteidigen könne. Er (Minister) wäre bereit, sich an Maßnahmen, wie sie offensichtlich der amerikanischen Seite vorschwebten, zu beteiligen, doch müsse man ihm erst zeigen, wie sich Fortschritte erzielen ließen. Aus all diesen Überlegungen ziehe er nur den Schluß, daß die übrigen Mitglieder ihre Absicht bekräftigen und wiederholen müßten, das Bündnis fortzuführen, und wenn sich die Franzosen zurückzögen, müsse man dies hinnehmen. Gegen ihren Willen könnten sie nicht zu einer aktiven Teilnahme veranlaßt werden.

Herr *Ball* vertrat die Auffassung, daß es im Grunde darum gehe, wie die Kräfte der atlantischen Welt mobilisiert werden könnten. Es sei nicht nur eine Frage der künftigen Zusammenarbeit, sondern der Perfektion und weiteren Entwicklung des Bündnisses. Zu diesem Zweck müssen alle Beteiligten zusammenstehen. Eine Fortführung der derzeitigen französischen Politik aber führe zu einer Zerstörung dieser Ziele. Diese Überlegungen müßten aber unmißverständlich de Gaulle zur Kenntnis gebracht werden, und zwar nicht nur als die Auffassung der Deutschen, sondern auch der anderen Mitglieder des Bündnisses.

Herr *Rusk* betonte, daß er keinen französisch-deutschen Zwist in dieser Angelegenheit heraufbeschwören wolle. Wenn ein Zwist unvermeidlich sei, dann lieber noch zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich.

⁹ Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Sturheit“.

Der Herr *Minister* faßte die amerikanische Auffassung dahin zusammen, daß de Gaulle in den deutsch-französischen Gesprächen klargemacht werden sollte, Frankreich werde in die Isolierung geraten, wenn es die derzeitige, im Gegensatz zu den Wünschen der übrigen Mitglieder des Bündnisses stehende Politik fortführe. Dies werde ihn aber gar nicht beeindrucken. Die Lebensgeschichte de Gaulles zeige, daß er es als bedeutend und ehrenwert betrachte, wenn er isoliert sei. Für ihn sei dies nur ein Zeichen dafür, daß die anderen ihn nicht verstünden oder verstehen wollten.

Herr *Ball* gab zu, daß sich de Gaulle nicht ändern lasse, da seine Überzeugungen zu tief säßen. Indem man ihm aber klaren Wein über die Auffassungen der übrigen Bündnispartner einschenke, werde ein Prozeß eingeleitet, der ihm vor Augen führe, daß seine Handlungsweise von den übrigen Partnern nicht einfach unterwürfig hingenommen werde. Wenn ihm dies auch bereits früher gesagt worden sei, so habe sein taktisches Programm, die NATO Stück um Stück zu unterhöhlen, nunmehr doch ein Stadium erreicht, in dem es von den anderen Verbündeten nicht mehr akzeptiert werden könne. Solange jeder davor zurückscheue, darüber mit de Gaulle zu sprechen, werde sich nichts ändern. Deswegen müsse man dieser Situation klar ins Auge blicken. Der Erpressung müsse ein Ende gesetzt werden.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, de Gaulle sei darüber enttäuscht, daß sich aufgrund des deutsch-französischen Vertrages¹⁰ keine Fortschritte auf militärischem Gebiet ergeben hätten.¹¹ Er erinnerte daran, daß bei der Ausarbeitung des Vertrages im Herbst 1962 auf Wunsch de Gaulles im zweiten Teil die Worte „innerhalb der NATO“ gestrichen worden seien.¹² Die deutsche Seite habe dem zugestimmt, weil im ersten Teil von der NATO¹³ die Rede gewesen sei und man davon ausgegangen sei, daß dies dann sinngemäß auch für den zweiten Teil gelte. Die Tendenz sei jedoch sehr klargeworden. Seine Bemühungen liefen darauf hinaus, mit den Deutschen engere Beziehungen auf militärischem Gebiet herzustellen. Deutscherseits habe man das zurückgewiesen, weil man die NATO unterstütze. Die alte Kontroverse laute also, ob man die NATO und damit die Integration oder ob man eine militärische Verteidigung Europas wolle. Die Bundesregierung halte an der NATO-Konzeption fest, was de Gaulle aber nicht daran hindern werde, seinen Anti-NATO-Kurs fortzusetzen.

Herr *Rusk* erkundigte sich sodann nach den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern. Im amerikanischen Verhältnis

¹⁰ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

¹¹ Vgl. dazu Dok. 201.

¹² Im Rückblick hielt Staatssekretär Carstens zur Entstehung des deutsch-französischen Vertrags fest: „Er sieht u. a. eine deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung vor, ohne daß das Nordatlantische Bündnis in diesem Zusammenhang erwähnt wird. Unser Versuch, den Text entsprechend zu ergänzen, scheiterte am Widerstand der Franzosen, und zwar, wie wir wissen, de Gaulles persönlich. Als die Verhandlungen beendet waren, soll de Gaulle nur eine einzige Frage gestellt haben: Ist in dem Abschnitt über Verteidigung vom Nordatlantischen Bündnis die Rede? Als die Frage verneint wurde, zeigte er sich befriedigt.“ Vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 251.

¹³ Die Wörter „von der NATO“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „davon“.

zu diesen Ländern sei aufgrund der Vietnam-Krise¹⁴ eine gewisse Abkühlung zu verzeichnen.

Der Herr *Bundesminister* sagte, die Entwicklung sei weder ermutigend noch entmutigend. Man habe deutscherseits diesen Prozeß immer als eine langfristige Entwicklung angesehen. Der Herr Minister berichtete sodann im einzelnen über die jüngste Industrieausstellung in Bukarest¹⁵ und das Interesse, auf das sie gestoßen sei. Ähnliches gelte für Budapest.¹⁶ Dies sei eine langsame, aber positive Entwicklung. In Warschau sei wenig Bewegung zu verzeichnen.¹⁷ Mit Sofia seien die Beziehungen noch verhältnismäßig neu.¹⁸

Auf eine Frage Botschafter *McGhees* über seine jüngsten Äußerungen über die Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen¹⁹ sagte der Herr *Minister*, diese Überlegungen dienten dem Ziele, die diplomatischen Möglichkeiten zu erweitern und sie nicht einzuschränken.²⁰ Er erläuterte die deutsche Haltung zur Frage etwaiger diplomatischer Beziehungen, die befreundete oder neutrale Länder zu Pankow aufnahmen, was zu einer deutschen Reaktion führen müßte, und hob den Unterschied hervor, der andererseits bestehe, wenn die Bundesrepublik ihrerseits Beziehungen zu kommunistischen Ländern aufnehmen würde. Im Grunde habe sich also die deutsche Haltung keineswegs geändert. Über die Frage des geeigneten Zeitpunkts der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu kommunistischen Ländern sei allerdings eine Diskussion entstanden²¹, besonders im Hinblick auf die jüngste Entwicklung

¹⁴ Zur Situation in Vietnam vgl. zuletzt Dok. 228.

¹⁵ Die „Technische Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland“ fand vom 18. bis 30. Mai 1965 in Bukarest statt. Vgl. dazu auch Dok. 224.

¹⁶ Die „Internationale Messe Budapest“ fand vom 21. bis 31. Mai 1965 statt. Die Bundesrepublik „lag mit einer Ausstellungsfläche von 7480 m² und etwa 180 Ausstellerfirmen an der Spitze sämtlicher Aussteller“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 416 des Leiters der Handelsvertretung in Budapest, Brückner, vom 3. Juni 1965; Referat III A 1, Bd. 280.

¹⁷ Über die Situation der Handelsvertretung in Warschau berichtete der CDU-Abgeordnete Blumenfeld nach einem Besuch vom 1. bis 5. Februar 1965 in Polen, die Beziehungen mit dem Außenhandelsministerium hätten seit dem Vorjahr „eine spürbare und deutliche Verbesserung erfahren“. Blumenfeld stellte fest: „Minister Trampczynski und seine Mitarbeiter sind stark bemüht, auch die allgemeinen Beziehungen – soweit sie darauf Einfluß haben – zu verbessern.“ Für die Aufzeichnung, die der Leiter der Handelsvertretung, Mumm von Schwarzenstein, am 5. Februar 1965 übermittelte, vgl. VS-Bd. 3131 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

¹⁸ Mit Bulgarien wurde am 6. März 1964 ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über den Austausch von Handelsvertretungen geschlossen. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 62. Die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Sofia wurde am 19. Oktober 1964 eröffnet.

¹⁹ Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 48.

²⁰ Zu den Überlegungen im Auswärtigen Amt vgl. zuletzt Dok. 221.

²¹ Die Diskussion wurde durch das Interview des Bundesministers Schröder im Zweiten Deutschen Fernsehen hervorgerufen, das nicht nur innerhalb der CDU, sondern auch bei der SPD auf Kritik stieß. Vgl. dazu den Artikel „De Gaulles Besuch in Bonn wird sorgfältig vorbereitet“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 120 vom 25. Mai 1965, S. 1 und 4.

Im Rückblick berichtete der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, über die Kritik im Bundeskabinett. Der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, sah die „Lage in Indonesien und in anderen Ländern, in denen die SBZ auf Errichtung von Generalkonsulaten oder sogar Botschaften dränge, erheblich erschwert. Auch der Bundeskanzler rügt Schröders Interview. [...] Hase verweist auf einen Artikel Grewes, wonach das Interview Schröders die Hallstein-Doktrin erheblich schwäche. Der Kanzler ergänzt, daß – wenn wir wirklich diplomatische Beziehungen zu einem oder mehreren der osteuropäischen Länder aufnehmen wollten – das zu heilloser Verwirrung führen müsse.“ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 193.

im Nahen Osten²² und auf die Konferenz in Algier.²³ Er wisse allerdings nicht, ob seine Äußerung von Botschafter McGhee richtig interpretiert worden sei.

Auf die Frage von Botschafter *Thompson*, wie sich Herr Strauß zu dieser Angelegenheit verhalte, wies der Herr *Minister* darauf hin, daß Herr Strauß sich sehr unterschiedlich zu dem Thema geäußert habe.²⁴

Die Frage von Herrn *Rusk*, ob die Außenpolitik im Wahlkampf eine Rolle spielen werde, beantwortete der Herr *Minister* dahin, daß zwar alle Parteien darüber sprechen werden, er aber nicht glaube, daß außenpolitische Fragen zu echten Streitfragen würden. In diesem Zusammenhang erwähnte er das von den Herren Brandt und Erler in Anspruch genommene Verdienst für das Zustandekommen der Drei-Mächte-Erklärung.

Der Herr *Minister* erwähnte sodann die ununterbrochenen Versuche Pankows, eine Aufwertung der Zone zu erlangen. Was in diesem Zusammenhang gemeinsam getan werden könne, um diese Gefahr abzuwenden, sollte geschehen. Er rechne damit, daß sich möglicherweise Schwierigkeiten dieser Art in Indonesien²⁵ ergeben könnten.

Herr *Rusk* vertrat die Auffassung, daß die Nahostkrise glimpflicher verlaufen sei, als man erwartet habe, denn schließlich habe keines der arabischen Länder Beziehungen zu Pankow aufgenommen.²⁶ Er rechne damit, daß sie früher oder später auch wieder die Beziehungen zur Bundesrepublik herstellen würden.

Der Herr *Minister* wies auf die logischen Schwierigkeiten, denen sich die Araber gegenüber sähen, hin, denn schließlich hätten mehr als 80 Staaten gleichzeitig Beziehungen zu Israel und den arabischen Ländern, und es sei schwierig zu sagen, was für andere Länder gelte, dürfe für Deutschland nicht gelten.

Die Frage von Herrn *Leddy*, ob die Verbesserung der Beziehungen zu Ost-Europa sich positiv für die Wiedervereinigung auswirke, beantwortete der Herr *Minister* dahingehend, daß eine unmittelbare Wirkung auf die Wiedervereinigung wohl kaum zu erwarten sei, wenngleich man natürlich diese Möglichkeit auch im Sinn habe. Bessere Beziehungen zu diesen Ländern seien aber als solche nützlich, nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für den gesamten Westen.

²² Zum Zusammenhang zwischen einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblock-Staaten und der Nahost-Krise vgl. Dok. 42.

²³ Zur geplanten Zweiten Afro-asiatischen Konferenz in Algier vgl. Dok. 254, Anm. 16.

²⁴ Auf dem Parteitag der CSU am 10./11. April 1965 in München sprach sich der CSU-Vorsitzende gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblock-Staaten aus, „solange diese den Standpunkt Moskaus in der Deutschland-Frage beibehielten“. Vgl. den Artikel „Strauß behält die Führung der CSU“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 87 vom 12. April 1965, S. 1 f. Vgl. dazu auch EUROPA-ARCHIV 1965, Z 82.

Vgl. auch die Stellungnahme von Strauß zu dem Fernsehinterview des Bundesministers Schröder vom 21. Mai 1965; „Strauß: Erhard sagt ‚nein‘“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 123 vom 29. Mai 1965, S. 4.

²⁵ Vgl. dazu Dok. 216.

²⁶ Zur Reaktion der arabischen Staaten auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel am 12. Mai 1965 vgl. Dok. 203.

Auf die Frage von Mr. *Leddy*, ob de Gaulle auch etwas gegen den Gemeinsamen Markt unternehmen könnte, verwies der Herr *Minister* auf eine Äußerung Spaaks, der vor kurzem nach einem Gespräch mit de Gaulle große Besorgnis zum Ausdruck gebracht habe, daß de Gaulle gegen den Gemeinsamen Markt handeln könne. Es gebe verschiedene Gründe hierfür, und in verschiedenen Kreisen sei man der Auffassung, de Gaulle könnte den Gemeinsamen Markt verlassen, wenn es zu Mehrheitsentscheidungen komme.²⁷ Präsident Hallstein habe demgegenüber die Auffassung vertreten, der „point of no return“ sei bereits erreicht.

Die Bemerkung Botschafter *McGhees*, die Bundesregierung könne sich nicht von den Franzosen erpressen lassen, beantwortete der Herr *Minister* mit dem Hinweis, daß sich die Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich stets sehr rücksichtsvoll gezeigt hätten. Wenn es den Vereinigten Staaten bei den ihnen gegebenen Möglichkeiten nicht gelungen sei, einen Einfluß geltend zu machen, könnte von der Bundesregierung nicht erwartet werden, daß sie erreiche, was den Amerikanern nicht gelungen sei. Dies gelte um so mehr, als die Botschaft immer wieder berichte, für das Ansehen der Bundesrepublik seien gute deutsch-französische Beziehungen von Bedeutung.²⁸

Herr *Ball* erwiderte, die amerikanische Regierung sei immer zutiefst von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Annäherung überzeugt gewesen, weil sie darin die Grundlage einer guten atlantischen Partnerschaft erblicke. Die Amerikaner seien keineswegs von einer Frankophobie besessen. Die derzeitige französische Regierung scheine sich jedoch auf einen Kurs festgelegt zu haben, dessen Ergebnis in der Demontage all dessen bestehen würde, was seit 1945 aufgebaut worden sei. Man habe den Zusammenschluß Europas immer gefördert, um den europäischen Rivalitäten ein Ende zu setzen, und zu diesem Zweck sogar die eigene Außenpolitik grundlegend geändert, indem man Europa gegenüber feste Verpflichtungen eingegangen sei mit dem Ziele, die Erfahrung zweier Weltkriege in Zukunft zu verhindern. Man sei nicht bereit, das Erreichte aufzugeben. Man würde rücksichtslos handeln, wenn man zu früheren Zeiten zurückkehren wollte. Wenn in Europa aber nur die Wiederherstellung der Nationalstaaten möglich sei, befürchte man amerikanischerseits sehr ernsthaft eine Gefährdung des Weltfriedens und eine Wiederholung früherer Katastrophen. Die Vereinigten Staaten allein könnten aber nicht gewährleisten, daß das Erreichte bewahrt werde, und müßten sich dabei auch auf die Bundesrepublik als eine der hauptsächlichen NATO-Mächte stützen. Man stehe vor der Frage, wie man sich taktisch und strategisch zu verhalten habe.

Botschafter *Knappstein* bemerkte, daß die Bundesrepublik sehr viel verwundbarer sei. Wenn die Deutschen nur die Hälfte dessen getan hätten, was sich

²⁷ Mit dem Eintritt in die dritte Stufe der Übergangszeit, die nach Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vorgesehen war, konnte der Ministerrat ab 1. Januar 1966 erstmals in einer festgelegten Zahl von Fällen mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Vgl. dazu den Vermerk des Referats I A 2 vom 15. Februar 1964; Referat I A 2, Bd. 949.
Zur französischen Haltung vgl. weiter Dok. 248.

²⁸ Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „(Hier reagiert Herr Knappstein säuerlich.)“

die Franzosen geleistet haben, hätte man sie als die schlimmsten Nationalisten und Nazis verschrien. Die Franzosen hätten in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten starken Rückhalt.

Herr *Ball* meinte, hierum gehe es nicht. Die Frage sei, wie man mit einem gemeinsamen Problem fertig werde. Die Amerikaner könnten es einfach nicht zulassen, daß das Bündnis verblute. Wenn die Europäer allerdings geschlossen sagten, sie wollten die Amerikaner nicht mehr in Europa haben, dann sähe die Lage anders aus. Man könne nicht ewig warten und könne auch de Gaulle nicht die Wahl des Zeitpunktes, des Terrains und der Schlachtordnung überlassen. Es sei nicht tragbar, daß die weitere Entwicklung und das Überleben des Bündnisses nur in den Händen eines einzelnen liege.

Der Herr *Minister* sagte, es wäre nützlich, wenn dem Bundeskanzler im Hinblick auf sein bevorstehendes Gespräch mit de Gaulle²⁹ diese Überlegungen von amerikanischer Seite dargelegt werden könnten. Bisher scheine es noch keine Strategie zur Behandlung dieses Problems zu geben. Er sehe auch nicht, wo man am zweckmäßigsten ansetzen könne.

Botschafter *Knappstein* bemerkte, Präsident Kennedy habe ihm einmal gesagt, die Deutschen hätten den Schlüssel zu de Gaulle.

Herr *Ball* betonte, daß dies nicht die heutige Auffassung der amerikanischen Regierung sei, vielmehr gehe man davon aus, daß es sich um ein gemeinsames Problem handle, an dem die Amerikaner und die Deutschen insbesondere interessiert seien. Die Zeit werde kommen – und wahrscheinlich nicht mehr allzu fern sein –, wenn alle Mitglieder des Bündnisses den Franzosen unmißverständlich sagen müßten, sie seien nicht mehr bereit, den französischen Kurs mitzumachen. Nach amerikanischer Auffassung sei wohl damit zu rechnen, daß bis zu den Wahlen im Dezember die Franzosen sich einigermaßen vernünftig verhielten, dann aber nach den Wahlen um so nachdrücklicher ihre Ziele verfolgten.

Auf die weitere Arbeit der Botschaftergruppe eingehend, bemerkte der Herr *Minister*, es wäre vielleicht ganz gut, wenn man zunächst auf amerikanischer und auf deutscher Seite sich über alle anliegenden Probleme noch einmal den Kopf zerbreche und dann in einem bilateralen Gespräch seine Gedanken austausche. Er denke noch nicht an offizielle Gespräche in der Vierergruppe, da dort erst sinnvoll gesprochen werden könne, wenn die Lage zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik abgeklärt worden sei.

Botschafter *Thompson* unterstützte diese Anregung und befürwortete einen informellen Gedankenaustausch.

Der Herr *Minister* sagte ergänzend, was die Vierergruppe angehe, so bleibe man deutscherseits bei den bisherigen Vorschlägen.³⁰ Dies sei die Präsentation nach außen. Dennoch könne man diskret und informell auf bilateraler Grundlage prüfen, welche Möglichkeiten bestünden.

²⁹ Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 11./12. Juni 1965 vgl. Dok. 242, Dok. 244, Dok. 246 und Dok. 248.

³⁰ Vgl. dazu auch die Äußerungen des Bundesministers Schröder gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee am 4. Mai 1965; Dok. 197.

Herr *Ball* sagte, die Engländer sollten zu gegebener Zeit auch beteiligt werden.

Der Herr *Minister* stimmte dem zu und sagte, er denke nicht an exklusive amerikanisch-deutsche Gespräche, doch sollte der Anfang zunächst zwischen Deutschen und Amerikanern gemacht werden. Dabei werde sich zeigen, wie die Dinge liefen. Man könne jedenfalls nicht von Anfang an alle Konzessionen sozusagen ins Schaufenster legen.

Botschafter *Thompson* bemerkte, bisher habe man sich nur auf ein Thema, eine Initiative gegenüber der Sowjetunion, konzentriert, doch habe man bislang noch nicht die Frage geprüft, welche Wege zur Wiedervereinigung führen könnten.

Der Herr *Minister* betonte, es wäre empfehlenswert, diese Gespräche auf Sachverständigengrundlage führen zu lassen, ohne daß dadurch für die Regierungen irgendwelche politischen Verpflichtungen entstünden.

Das Gespräch endete gegen 23.00 Uhr.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

230

Gesandter Freiherr von Ungern-Sternberg, London, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-5313/65 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 679

Aufgabe: 2. Juni 1965, 11.00 Uhr¹
Ankunft: 2. Juni 1965, 11.49 Uhr

Betr.: Besprechungen von Bundesminister Scheel in London

Herr Bundesminister W. Scheel traf Montag zu seinem zweitägigen Besuch in London ein und führte eingehende Besprechungen mit Außenminister Stewart und Mrs. Barbara Castle, Minister für Overseas Development. Die Besprechungen verliefen in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre. Bei der Aussprache mit Stewart waren Ministerialdirektor Dr. Sonnenhol und ich

¹ Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 3. Juni 1965 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Ministerialdirigent Voigt und die Referate I A 5, I A 2 und I B 2 verfügte. Hat Voigt am 4. Juni 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist [die] britische Reg[ie-rung] in der EWG-Frage nicht neuerdings wieder retardierend?“ Dazu nahm Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stempel am 4. Juli 1965 handschriftlich Stellung: „Das kann man nicht sagen, aber Minister Stewart erwähnte bei WEU-Ratstagung in Luxemburg am 30. 6. den britischen Beitritt zur EWG mit keinem Wort, sondern sprach ausschließlich über die Annäherung zwischen EWG u[nd] EFTA im Lichte der EFTA-Konferenz vom 25. 5. in Wien. Vor Behandlung der im Oktober zu erwartenden diesbezüglichen Vorschläge durch den EFTA-Rat und der Reaktion der EWG dazu ist keine Initiative der Briten zum Beitritt zur EWG zu erwarten.“

zugesen, bei den Besprechungen mit Mrs. Castle von seiten der Botschaft der Leiter des Wirtschaftsdienstes.²

[1]) Stewart brachte sogleich das Thema der Devisenhilfe für die britische Rheinarmee zur Sprache³ und führte aus, dieses sei gegenwärtig das wichtigste Problem in den deutsch-britischen Beziehungen. Er habe das vor einigen Tagen auch gegenüber dem Herrn Bundesaußenminister in Bonn unterstrichen. Stewart wollte wissen, wie auf deutscher Seite die Möglichkeiten beurteilt werden, Devisenhilfe durch Plazierung von Aufträgen für Entwicklungsprojekte⁴ zu leisten. Herr Bundesminister Scheel betonte unsere Bereitschaft, alles zu tun, was möglich ist, um auf diesem Wege zur Lösung des Problems der Offset-Kosten beizutragen. Zugleich machte er Stewart auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich daraus ergeben, daß größere Entwicklungsprojekte stets mit einer längeren Anlaufzeit verbunden sind und ihre Durchführung sich über eine längere Zeitspanne hinzieht. Deswegen könne kaum damit gerechnet werden, daß die deutschen Zahlungen für Großprojekte, die noch nicht angelaufen sind, noch in der Vertragszeit des gegenwärtigen Abkommens über die Offset-Kosten⁵ zu Buch schlagen werden.

Zu dem Mantaro-Projekt in Peru⁶ bemerkte Ministerialdirektor Sonnenhol, auf Grund seiner Besprechungen in Washington⁷ habe er den Eindruck gewonnen, daß die Regierung von Peru gewisse Bedenken gegen die Durchführung dieses Projekts habe, da es die finanziellen Möglichkeiten des Landes eventuell übersteigen würde. Auf deutscher Seite bestehe jedoch nach wie vor die Bereitschaft, sich in der vorgesehenen Weise zu beteiligen, falls das Mantaro-Projekt verwirklicht wird.⁸

Abschließend bemerkte Stewart, eine Reihe britischer Auslandsvertretungen sei angewiesen worden, sich mit den deutschen Vertretungen in den betreffen-

² Karl Barte.

³ Vgl. dazu bereits Dok. 122. Vgl. dazu weiter Dok. 337.

⁴ Am 10. Juni 1965 schlug Bundesminister Schröder vor, ein „Konto für zivile öffentliche Aufträge“ in Großbritannien zu schaffen. Im Schreiben an Bundesminister Dahlgrün führte er dazu aus: „Die hierzu erforderlichen Mittel wären aus den Beschaffungstiteln des Bundeshaushalts zu entnehmen, die sich hierfür eignen“. Zwar bedeute dies „einen empfindlichen Eingriff in unser Beschaffungswesen [...]. Aber ich halte dies für das geringere Übel im Vergleich zu einer Haushaltshilfe, auf die wir wohl unvermeidlicherweise zurückfallen werden, wenn sich die seit 1962 angestrebte Lösung letztlich als Fehlschlag erweist [...]. Der große Vorteil der vorgeschlagenen Lösung liegt darin, daß wir im großen und ganzen eine volkswirtschaftliche Gegenleistung erhalten, während die Haushaltshilfe eine rein einseitige Lösung wäre.“ Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 390. Zu den Bemühungen, Projekte der Entwicklungs- und der Ausrüstungshilfe über das deutsch-britische Devisenausgleichsabkommen abzuwickeln, vgl. auch Dok. 148, Anm. 26, Dok. 211, Dok. 255 und Dok. 424, besonders Anm. 8.

⁵ Im deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommen vom 27. Juli 1964 war eine Geltungsdauer vom 1. April 1964 bis zum 31. März 1966 vorgesehen. Zur Verlängerung des Abkommens vgl. Dok. 260, Anm. 10.

⁶ Zur deutsch-britischen Zusammenarbeit beim geplanten Wasserkraftwerk in Mantaro vgl. Dok. 448.

⁷ Der Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hielt sich vom 27. bis 29. Mai 1965 zur Konsultation über Lateinamerika in Washington auf. Vgl. dazu das Protokoll der 56. Sitzung des Ausschusses für Entwicklungshilfe vom 15. Juni 1965; Referat III B 1, Bd. 346.

⁸ Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg handschriftlich: „[Referat] IB 2.“

den Ländern über Projekte abzustimmen, die für die Devisenhilfe in Frage kommen könnten.

2) Zu der Frage des britischen Beitritts zur EWG nahm Stewart auf die Erklärung Wilsons in Wien⁹ Bezug. Die britische Regierung, so meinte er, sei weiterhin der Auffassung, daß der Beitritt Großbritanniens nur unter den Voraussetzungen möglich sei, die seinerzeit in den bekannten fünf Punkten¹⁰ niedergelegt wurden. Nach Auffassung von Stewart wird die künftige Entwicklung, insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und den Commonwealth-Staaten, den Beitritt Englands zur EWG erleichtern. Das Hauptproblem bleibe die Einstellung de Gaulles zu dem angestrebten Beitritt Großbritanniens.¹¹ Man müsse sich darauf einstellen, daß es noch längere Zeit dauern werde, bis eine Lösung dieses Problems möglich ist. Die britische Regierung sei sich dessen bewußt, daß auf längere Sicht der Beitritt zur EWG eine Notwendigkeit für Großbritannien darstellt. Sie erwarte auch nicht, daß alle ihre Wünsche bezüglich der Modalitäten des Beitritts Berücksichtigung finden werden.¹²

3) Zum Schluß der Besprechungen richtete Bundesminister Scheel an Stewart die Frage, wie er den Vorschlag der liberalen Partei¹³ beurteile, daß Großbri-

⁹ Am 24. Mai 1965 führte Premierminister Wilson auf der EFTA-Ministerratstagung aus: „Vom Standpunkt Großbritanniens aus betrachtet, bedeutet ein Beitritt zur EWG derzeit keine Lösung. Obwohl die Vorteile, [derer] Großbritannien im Falle eines Beitrittes zur EWG teilhaftig werden würde, klar auf der Hand liegen, bestehen derzeit Schwierigkeiten, welche einen solchen Beitritt unmöglich gestalten, selbst wenn der Weg in die EWG frei wäre.“ Vgl. das Protokoll der österreichischen Delegation vom 25. Mai 1965, das Botschaftsrat I. Klasse Hoffmann, Wien, am 1. Juni 1965 an das Auswärtige Amt übermittelte; Referat III A 2, Bd. 264.

¹⁰ Zu den britischen Voraussetzungen für einen Beitritt zur EWG hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Voigt am 18. Januar 1963 fest: „Großbritannien [...] hat auf die Commonwealth-Präferenzen verzichtet und sich mit Übergangsmaßnahmen begnügt. Großbritannien hat ferner die gemeinsame Agrarpolitik der EWG akzeptiert. Seine Wünsche beziehen sich nur auf die Übergangszeit bis zum 31. 12. 1969. Auf eine Verlängerung der Übergangszeit hat es verzichtet. Bezüglich der EFTA hat die britische Regierung bereits am 10. Oktober 1961 erklärt, daß sie nach dem Beitritt keine Sonderregelungen im Verhältnis von Großbritannien zu den EFTA-Staaten wünscht. Die Briten fordern allerdings eine zufriedenstellende Regelung des Verhältnisses der EFTA-Mitgliedstaaten zur gesamten erweiterten EWG und gehen davon aus, daß Abkommen mit den EFTA-Staaten gleichzeitig mit dem Beitritt möglich sind.“ Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 31.

¹¹ Der französische Staatspräsident machte auf der Pressekonferenz am 14. Januar 1963 die Zustimmung zu einem britischen EWG-Beitritt davon abhängig, daß „Großbritannien auf die Commonwealth-Präferenzen, auf die Produktionssubventionen und auf die Sonderabmachungen mit den EFTA-Ländern verzichten könne“. Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 21.

¹² Der Passus „Die britische Regierung ... finden werden“ wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stempel hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Am 22. Juni 1965 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe dazu fest, Premierminister Wilson habe „das Bild dadurch verwirrt“, daß er „in letzter Zeit abwechselnd Äußerungen getan [habe], die einmal den wirtschaftlichen Anschluß an Europa befürworteten und zum anderen Mal Bedenken gegen einen eventuellen Beitritt zur EWG enthielten, insbesondere wegen der Agrarpolitik“. Plehwe kam jedoch zu dem Schluß: „Großbritannien, ob von Labour oder von den Konservativen regiert, will Mitglied der EWG werden, da anderenfalls in einigen Jahren die britische Wirtschaft einen schweren Rückgang erleiden würde.“ Vgl. VS-Bd. 2451 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

¹³ Am 29. Mai 1965 schlug der Vorsitzende des außenpolitischen Beirats der Liberalen Partei, Bonham-Carter, in einer Rede vor der Union liberaler Studenten in London vor, „den Erfolg des Staatsbesuches der Königin in der Bundesrepublik durch die Aufnahme von Verhandlungen

tannien einen dem deutsch-französischen Abkommen¹⁴ ähnlichen Vertrag abschließen sollte. Auf diese Frage reagierte Stewart ausweichend.¹⁵ Die liberale Partei, so meinte er, sei schon sehr lange nicht mehr an der Regierungsverantwortung beteiligt gewesen und neige zu einer etwas akademischen Beurteilung außenpolitischer Vorgänge und zu einer Überbewertung schriftlich fixierter zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Er könne sich zu der Frage von Bundesminister Scheel aber nicht abschließend äußern, bevor er sie nicht genauer durchdacht habe.¹⁶

Über die Besprechungen von Bundesminister Scheel mit Mrs. Barbara Castle folgt Schriftbericht.¹⁷

[gez.] Ungern-Sternberg

VS-Bd. 2457 (I A 5)

231

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Bundy in Washington

Z A 5-58.A/65 geheim

3. Juni 1965¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 3. Juni 1965 um 10.00 Uhr mit Mr. Bundy in dessen Büro im Weißen Haus in Washington zusammen.

Herr *Bundy* sagte, zwar hätten die Vereinigten Staaten in Südostasien und in der Dominikanischen Republik ihre Schwierigkeiten, doch wäre der Eindruck falsch, daß die Amerikaner andere Orte des Geschehens vernachlässigten. An

Fortsetzung Fußnote von Seite 940

über einen deutsch-britischen Vertrag politisch auszunutzen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 971 des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, vom 1. Juni 1965; Referat I A 5, Bd. 285.

¹⁴ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

¹⁶ Vgl. dazu weiter Dok. 260.

¹⁷ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1028 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 4. Juni 1965; Referat III A 5, Bd. 454.

Am 4. Juni 1965 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Neumann über die Gespräche vom 31. Mai und 1. Juni 1965 fest: „Auch die Schwierigkeiten bei der Ausfindigmachung von – für die Verwertung im Rahmen des Devisenausgleichsabkommens geeigneten – E[ntwicklungshilfe]-Projekten wurden kurz gestreift. Hierbei wies Minister Scheel auf die Tatsache hin, daß z. Z. ein gemeinsamer Erlaß der Außenministerien beider Länder an eine ausgewählte Anzahl deutscher und britischer Auslandsmissionen in Vorbereitung sei, worin die Missionen zu verstärkter Zusammenarbeit bei der Suche nach geeigneten Objekten aufgefordert werden.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 454.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 10. Juni 1965 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 12. und erneut am 27. Juni 1965 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Nur St[aa]ts[S]ekretär] I ganze Aufzeichnung zur Kenntnis und Rückgabe.“

der Lage und Entwicklung in Europa seien sie nach wie vor außerordentlich stark interessiert.

Zur Situation in der Dominikanischen Republik² führte Herr Bundy aus, es handle sich derzeit praktisch um einen unterbrochenen Bürgerkrieg. Ende April sei die Lage sehr kritisch gewesen, da praktisch die gesamte Regierungstätigkeit zum Erliegen gekommen sei und man ernste Befürchtungen wegen des Vorgehens der Extremisten gehabt habe. Die Gefahr habe sich heute wegen der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte wesentlich vermindert. Er selbst habe während seines Aufenthalts in der Dominikanischen Republik versucht, zu einer Lösung beizutragen³, und nunmehr sei eine Gruppe der OAS dabei, eine Lösung in etwas anderem Rahmen auszuarbeiten.⁴ Es sei noch zu früh, ein Urteil über den möglichen Erfolg abzugeben. Die unmittelbare Gefahr scheine vorüber zu sein, nicht zuletzt auch wegen der Anwesenheit lateinamerikanischer Truppen.⁵

Über Vietnam führte Herr Bundy aus, die Sowjetunion und die Chinesen hätten sich in jüngster Zeit stärker in Nordvietnam engagiert.⁶ Außerdem sei es über die Zusammensetzung der Regierung vor einigen Tagen in Saigon zu einer ernsthaften Krise gekommen. Es sehe aber so aus, als ob die Dinge wieder ins Gleis kämen. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Dinge dürften die militärischen Maßnahmen sein, mit denen während der Regenzeit seitens der kommunistischen Streitkräfte zu rechnen sein dürfte. Was die Möglichkeiten der amerikanischen Bombenangriffe angehe, so wolle man echten Druck ausüben und sich nicht nur auf einen symbolischen Druck beschränken. Es komme darauf an, nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel zu tun. Gleichzeitig beabsichtige man, die Bemühungen auf dem wirtschaftlichen und politischen Sektor zu intensivieren.⁷ In diesem Zusammenhang gab Herr Bundy der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierung die Bemühungen um eine asiatische Entwicklungsbank unterstütze. Zunächst sei man auf amerikanischer Seite etwas zurückhaltend gewesen, habe dann aber nach Gesprächen mit Herrn Eugene Black und nach Sondierungen bei anderen asiatischen Staaten die Idee als solche akzeptiert und für nützlich erachtet.⁸

² Zur Situation in der Dominikanischen Republik vgl. Dok. 197, besonders Anm. 2 und 4, sowie Dok. 228.

³ Im persönlichen Auftrag des Präsidenten Johnson reiste der amerikanische Sicherheitsberater am 15. Mai 1965 in die Dominikanische Republik. Über die „fact-finding-mission“ von Bundy berichtete Botschafter van Almsick, Santo Domingo, am 26. Mai 1965, die Delegation habe sich auf weitgehende Verhandlungen mit den aufständischen Militärs unter Caamaño eingelassen und eine „Kompromißregierung“ zu bilden versucht. Dieser Versuch, dem die anderen Bürgerkriegsparteien Widerstand entgegensetzten, „scheiterte nach 10-tägigen Bemühungen völlig. Am 25. Mai reiste Bundy unverrichteter Dinge nach Washington zurück.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 251; Referat I B 2, Bd. 468.

⁴ Vgl. dazu Dok. 228, Anm. 30.

⁵ Zur Entsendung von Truppen-Kontingenten aus Mitgliedstaaten der OAS vgl. Dok. 198, Anm. 6.

⁶ Zur Situation in Vietnam vgl. Dok. 228.

⁷ Zu diesen Überlegungen vgl. auch Dok. 226, besonders Anm. 6.

⁸ Am 20. April 1965 erklärte Präsident Johnson nach einem Gespräch mit seinem Berater für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Südost-Asiens, dem früheren Präsidenten der Weltbank: „Mr. Black has discussed with me the project for an Asian Development Bank. He reports that after discussions both in New York and Washington, he finds agreement within this Government

Was die amerikanische Haltung angehe, so komme es darauf an, sie mit Überzeugung zu vertreten und entsprechend zu handeln. Es sei wichtig, keine Zweifel an der amerikanischen Entschlossenheit aufkommen zu lassen. Man müsse damit rechnen, daß es noch einen sehr langen Kampf geben werde und daß sich die Lage zunächst eher verschlechtere als verbessere.

Auf die Frage des Herrn *Ministers*, wie sich nach amerikanischer Auffassung die Dinge in sowjetischer und chinesischer Perspektive ansähen, erwiderte Herr *Bundy*, daß Nordvietnam die beiden Länder offensichtlich nicht zusammenzuführen scheine. Beide betrachteten sich als Konkurrenten und wollten beweisen, daß sie einem einer Prüfung ausgesetzten kommunistischen Bruderstaat zu helfen bereit seien. Die Chinesen hätten sich bisher nur auf Worte beschränkt, wenngleich diese in letzter Zeit etwas schärfer und härter geworden seien. Sie neigten immer dazu, die extreme Position zu beziehen, weil sie glaubten, daß in Vietnam die Kommunisten siegen würden. Selbst wenn dies nicht der Fall wäre und die Amerikaner erfolgreich blieben, könnten die Chinesen immer noch die Rolle dessen einnehmen, der sich für eine harte Linie eingesetzt habe. Der Vorwurf der Schwäche könne dann gegen sie nicht erhoben werden. Die Chinesen seien sich aber sehr wohl der Grenzen ihrer Möglichkeiten bewußt, da sie nicht das Risiko eingehen wollten, in einen großen Krieg hineingezogen zu werden. Demgegenüber hätten die Russen offensichtlich keine Angst vor einem Krieg, da sie nicht befürchten müßten, daß er sich auf ihr Land erstrecke. Deshalb hätten sie auch den Nordvietnamesen gewisse militärische Hilfe gewährt, die jedoch nur von begrenzter taktischer Bedeutung sei. Es sei wahrscheinlich nur ein Zeichen des guten Willens, wenn mit sowjetischer Hilfe um Hanoi herum und in der Gegend von Haiphong ein Sicherheitsbereich geschaffen worden sei. Amerikanischerseits beabsichtige man keineswegs, großangelegte Bombenangriffe zu fliegen, vielmehr betrachte man die Luftangriffe als eine gewisse Ausgleichsaktion. Allerdings sei damit zu rechnen, daß sie sich verschärfen könnten. Über die Haltung der neuen Machthaber in der Sowjetunion⁹ bemerkte Herr *Bundy*, eine gewisse Verhärtung der sowjetischen Position gehe wahrscheinlich auf die inneren Unsicherheiten und auch einen gewissen Mangel an Selbstvertrauen zurück. Die Differenzen zwischen den Chinesen und den Sowjets schienen nicht so sehr auf theoretischem oder ideologischem Gebiet zu liegen¹⁰, vielmehr gehe es darum, wer bestimmenden Einfluß ausübe.

Der Herr *Minister* sagte, man habe den Eindruck, daß sich in der Stärkung der inneren Position in Südvietnam nur wenig Fortschritte abzeichneten. Die Substanz scheine nicht fest, sondern bröckelnd zu sein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 942

that under appropriate conditions and with sound management such a bank would be of considerable value in promoting regional development in Asia.“ Vgl. *PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965*, S. 435 f. Vgl. auch die Ausführungen von Johnson am 13. Mai 1965 vor der „Association of American Editorial Cartoonists“; *PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965*, S. 522–526.

Vgl. dazu weiter Dok. 234.

⁹ Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 23, Anm. 29.

¹⁰ Zum sowjetisch-chinesischen ideologischen Konflikt vgl. Dok. 300, Anm. 26.

Wie Herr *Bundy* weiter ausführte, bemühe man sich um die Schaffung eines Blocks, der als festes Fundament angesehen werden könne. Die Schwierigkeiten lägen aber bei den Politikern in Saigon, die sich in gegenseitigen Rivalitäten selbst zerfleischten. Ministerpräsident Quat sei zwar äußerlich eine unscheinbare Figur, doch scheine es ihm zu gelingen, die einzelnen Gruppen zusammenzuhalten. Die politische Energie des Landes sei verzettelt, weil es an überzeugenden führenden Persönlichkeiten fehle. Eine Voraussage darüber, wie lange dieser Zustand anhalten werde, lasse sich kaum machen.

Der Herr *Minister* sagte, die Bundesregierung betrachte die Lage in Südostasien genau so ernst wie die Amerikaner selbst. Sie sei grundsätzlich geneigt, dem Projekt einer asiatischen Entwicklungsbank näherzutreten.

Der Herr *Minister* sprach sodann über die Drei-Mächte-Erklärung und den Versuch der Franzosen, auf diese Weise Unterstützung für ihre eigenen Theorien zu erlangen.¹¹

Auf die Frage von Herrn *Bundy*, wie man in Deutschland die französische Politik sehe, antwortete der Herr *Minister*, einige Faktoren erschwerten eine unvoreingenommene Betrachtungsweise. Es werde behauptet, nach den jahrhundertalten Streitigkeiten sei nunmehr die Aussöhnung erfolgt und Friede zwischen beiden Ländern geschlossen worden, was unbedingt erhalten werden müsse, da ohne Frankreich Europa nicht gebaut werden könne. Dann werde behauptet, de Gaulle sei zwar nicht nach jedermanns Geschmack, doch repräsentiere er nun einmal Frankreich. Angesichts der von ihm gemachten Schwierigkeiten müsse man besonders geschickt und vorsichtig operieren. Damit gerate die deutsche Politik in eine schlechtere Ausgangslage. Bisher seien derartige Überlegungen sehr wirksam gewesen, da die Kreise, die so dächten, davon ausgegangen seien, daß hinsichtlich der Deutschlandfrage, der anti-kommunistischen Haltung und der Verteidigungspolitik Übereinstimmung mit de Gaulle bestehe. Jetzt merkten aber viele, daß dies nicht zutreffe. Das löse eine gewisse Verwirrung aus. Auch die SPD betrachte die Einstellung gegenüber Frankreich als eine Art Glaubensbekenntnis. Die deutsche Politik habe noch nicht den richtigen Standort gefunden, von dem aus vernünftige Beziehungen zu Frankreich hergestellt werden könnten. Dies werde vielleicht noch eine Zeitlang dauern.

Die französische Haltung in der Deutschlandfrage, d. h. das Eintreten für eine Europäisierung, halte er für sehr gefährlich, weil dadurch nur der Appetit anderer europäischer Länder gereizt werde und sie glaubten, ein Recht auf Mitbestimmung in der Deutschlandfrage zu haben. Die Idee, daß ein Kartell kleinerer Staaten die Deutschlandfrage regeln könnte, sei Unsinn. Deswegen sei es wichtig, daß die Vereinigten Staaten ihr ganzes Gewicht in die europäische Waagschale legten. Wenn sich die Amerikaner an Europa desinteressiert zeigen sollten, so werde das auf der anderen Seite des Atlantik nur Unsicherheit erwecken. Eine Lösung der Deutschlandfrage zwischen europäischen Staaten und der Sowjetunion, ohne daß die Vereinigten Staaten ihr Gewicht zugunsten Europas einsetzten, sei nicht möglich.

¹¹ Zur französischen Haltung hinsichtlich einer Deutschland-Erklärung der Drei Mächte vgl. Dok. 186–188.

Auf deutscher Seite seien zwei Fehler gemacht worden: Zunächst sei die de Gaullesche Pressekonferenz vom Februar¹² viel zu vorteilhaft kommentiert worden.¹³ Als die Franzosen dann ihren Entwurf für die Drei-Mächte-Erklärung vorgelegt hätten¹⁴, sei man so glücklich darüber gewesen, daß die Franzosen überhaupt etwas getan hätten, daß man es an Kritik habe fehlen lassen und die Angelegenheit so schnell wie möglich nach Washington weitergeleitet habe. Der Vorgang zeige, daß die Franzosen ganz eindeutig ein Konzept verfolgten, das für ihre eigene Europapolitik nützlich sei. Die in dieser Situation liegende Gefahr bestehe darin, daß über den Kopf der Deutschen hinweg der militärische Status – wenn er von der Grenzfrage einmal absehe – präjudiziert werde und man nicht mehr über die Wiedervereinigung spreche, sondern nur noch über den nuklearen Status der Bundesrepublik mit dem Ergebnis, daß dieser gesenkt und verschlechtert werde. Das sei nicht akzeptabel, und dem müsse man Widerstand entgegensetzen. Er habe versucht, dies den Franzosen zu erläutern, jedoch ohne Erfolg, da die Franzosen selbst für einen minderen nuklearen Status der Deutschen einträten.¹⁵ Diese Schwierigkeit bestehe auch bei der Diskussion um die MLF und ANF, und er glaube, daß die Franzosen aus den genannten Gründen auch nie eine Beteiligung der Bundesrepublik an dem von McNamara vorgeschlagenen Ausschuß¹⁶ unterstützen würden.

Was die weitere Entwicklung der NATO angehe, so bestehe ernsthafter Grund zu Besorgnis. Es lasse sich nicht voraussagen, was die Franzosen bis 1969 tun würden, doch wollten sie auf jeden Fall die Struktur des Bündnisses wesentlich ändern.¹⁷ Darüber habe er am Vortag mit Rusk und Ball ausführlich gesprochen.¹⁸ Er selbst glaube, man sollte auf Zeit spielen, was allerdings nur möglich sei, wenn alle anderen Bündnispartner klarmachten, daß sie eine Fortsetzung des Bündnisses wünschten. Die konkreten Schwierigkeiten, die sich aus der französischen Vorstellung ergäben, ließen sich ahnen. Couve habe ihm gesagt, die Franzosen wünschten, über die Änderungen 1966 und 1967 zu sprechen.¹⁹ Konkret habe er allerdings nur angedeutet, daß man die Integration beenden, das Bündnis als solches aber fortbestehen lassen wolle. Hieraus ergebe sich die Frage, zwischen wem das Bündnis dann bestehen sollte. Da nicht damit zu rechnen sei, daß ein geschlossenes Europa Vertrags-

¹² Für die Ausführungen des französischen Staatspräsidenten vom 4. Februar 1965 vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 325–342. Für Auszüge vgl. Dok. 60, Anm. 23, Dok. 62, Anm. 2 und 5, sowie Dok. 64, Anm. 16.

¹³ Vgl. dazu den Artikel „Die Bundesregierung weiß de Gaulle für seine Erklärungen Dank“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 31 vom 6. Februar 1965, S. 1.

¹⁴ Zum französischen Vorschlag vom 13. April 1965 vgl. Dok. 186, Anm. 2.

¹⁵ Vgl. dazu Dok. 197, Anm. 19. Vgl. dazu auch Dok. 340, Anm. 16.

¹⁶ Zum Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers vom 31. Mai 1965 für ein „select committee“ vgl. Dok. 227, Anm. 3, und weiter Dok. 235.

¹⁷ Vgl. dazu Dok. 210.

¹⁸ Vgl. Dok. 227.

¹⁹ Am 25. Mai 1965 informierte Staatssekretär Carstens die Auslandsvertretungen über die Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville zum Thema „NATO“: „Die französische Seite wiederholte die früher oft gehörte These, daß Frankreich bis 1969 wohl die Organisation des Bündnisses zu ändern, das Bündnis selbst aber zu erhalten wünsche.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2294; VS-Bd. 2472 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

Für das Gespräch vom 24. Mai 1965 vgl. Dok. 217.

partner sei, müsse davon ausgegangen werden, daß den Franzosen eine ganze Reihe von Einzelabsprachen vorschwebe.²⁰ Die Franzosen hätten sich darüber nie ganz klar geäußert, und er frage sich, ob de Gaulle selbst genau wisse, was ihm vorschwebe. Ihm gehe es um den Aufbau der Force de frappe und eine Erweiterung der französischen Befugnisse und Zuständigkeiten. Wie dann die Verbindung mit den USA aussehen sollte, habe noch niemand gesagt. Spaak habe de Gaulle danach gefragt, und dieser habe ihm geantwortet, darüber werde man später sprechen. Irgendeine Kompromißlösung in dieser Frage scheine ihm nicht möglich zu sein. Deshalb halte er es für richtig, auf Zeit zu spielen, um so mehr als das Bündnis funktionieren werde, wenn der Ernstfall eintrete. Man dürfe es aber nicht zulassen, daß das Bündnis demontiert werde, weil die Franzosen nicht mitmachen wollten.

Herr *Bundy* bemerkte, daß auf amerikanischer Seite Herr Ball vielleicht etwas aktiver sei als seine Kollegen²¹ und unbedingt wolle, daß etwas geschehe. Den Franzosen müßten aber die übrigen Bündnispartner geschlossen entgegenreten und ihrem gemeinsamen Willen Ausdruck verleihen. Die Amerikaner allein könnten dies nicht tun. Er stimme nachdrücklich mit dem Herrn Minister überein, daß im Ernstfall das Bündnis funktionieren werde. Bei den künftigen Überlegungen müsse man von gewissen besonderen Fakten ausgehen, beispielsweise, daß die französischen Streitkräfte französisch bleiben sollten, daß die Franzosen keine ausländischen Truppen auf ihrem Territorium stationiert sehen wollten usw. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man die künftige Entwicklung sorgfältig durchdenken.

Der Herr *Minister* stimmte dem zu und betonte, man dürfe sich nicht durch Panik treiben lassen, weil dies den Franzosen in die Hände spiele.

Herr *Bundy* sagte, die übrigen Bündnispartner müßten soviel Selbstvertrauen haben, daß sie auch allein eine wirksame Verteidigung organisieren könnten. Die Franzosen könnten dann ihre Beziehungen zu diesem Bündnis entsprechend gestalten.

Auf die weitere Behandlung der Deutschlandfrage eingehend, bemerkte der Herr *Minister*, es sollte zunächst einmal auf deutscher und amerikanischer Seite versucht werden, das Problem eingehend zu studieren. Zu gegebener Zeit könnten dann bilaterale Gespräche zwischen beiden Ländern stattfinden, ohne daß dadurch die Regierungen festgelegt würden. Daraus könnten sich gewisse Vorstellungen darüber ergeben, was in Verhandlungen mit den Russen zur Diskussion gestellt werden könnte. All diese Fragen und Aspekte müßten zunächst theoretisch durchdacht werden. Hierbei handle es sich nicht so sehr um praktische Politik, sondern um gemeinsame Überlegungen. Dies werde sich sicher auch gut auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen auswirken, weil sonst die Politiker vielleicht das Gefühl hätten, es ließe sich mehr erreichen, als tatsächlich der Fall sei.

Die Frage von Herrn *Bundy*, ob diese gemeinsamen Überlegungen noch vor den Wahlen erfolgen könnten, beantwortete der Herr *Minister* mit dem Hin-

²⁰ Vgl. dazu Dok. 210, Anm. 5.

²¹ Zur unterschiedlichen Bewertung der französischen Haltung innerhalb der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 220, Anm. 12.

weis, daß sie wahrscheinlich sechs bis zwölf Monate in Anspruch nehmen dürften. Selbstverständlich sei es unerlässlich, daß diese Gespräche mit der größten Diskretion geführt würden.

Das Gespräch endete kurz vor 11 Uhr.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

232

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara in Washington

Geheim

4. Juni 1965¹

I. Das Gespräch fand im State Department statt und dauerte von 10.00 bis 11.00 Uhr. Es nahmen teil:

auf amerikanischer Seite: Verteidigungsminister McNamara, Botschafter McGhee, Mr. McNaughton, Mr. Leddy, Mr. Puhon, Mr. Finn;

auf deutscher Seite: Bundeskanzler, Bundesminister Dr. Schröder, Botschafter Knappstein, Vortragender Legationsrat Weber, Legationsrat I. Klasse Dr. Blomeyer.

II. Verteidigungsminister *McNamara* begrüßte den Bundeskanzler und brachte zum Ausdruck, wie sehr auch der Präsident und Außenminister Rusk sich darüber freuten, die Möglichkeit zu Gesprächen mit dem Bundeskanzler zu haben.² Er erklärte sich bereit, über die Unterhaltungen, die er in Paris am Montag und Dienstag geführt habe³, einen kurzen Überblick zu geben.

Der *Bundeskanzler* sagte, er sei glücklich darüber, den amerikanischen Präsidenten und seine Mitarbeiter zu treffen und mit ihnen zu sprechen. Die Fragen, die in den Verantwortungsbereich des Verteidigungsministers fielen, seien für ihn besonders erregend. Er sei hinsichtlich des Zustands der NATO sehr besorgt. Die Gefahren in dieser Hinsicht seien nicht zu übersehen. Die Bundesrepublik sei ein treuer Verbündeter und sei daran interessiert, das Atlantische Bündnis aufrechtzuerhalten und zu stärken. Ihm liege es heute daran, Klarheit über die amerikanischen strategischen Vorstellungen zu erhalten (ohne dabei in Geheimnisse eindringen zu wollen).

Je sicherer man in dieser Hinsicht in Deutschland sei, um so klarer könne man auch mit dem französischen Verbündeten sprechen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde dem Auswärtigen Amt am 9. Juni 1965 von Botschafter Knappstein, Washington, zugeleitet.

Hat Bundesminister Schröder am 19. Juni 1965 vorgelegen.

² Für die Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson und dem amerikanischen Außenminister am 4. Juni 1965 vgl. Dok. 233 und Dok. 234.

³ Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara hielt sich am 31. Mai und 1. Juni 1965 zur Konferenz der NATO-Verteidigungsminister in Paris auf.

Hinsichtlich des amerikanischen Vorschlags eines Sonderausschusses⁴ würde es ihn, den Bundeskanzler, interessieren zu erfahren, was dieser Ausschuß prüfen sollte.

McNamara gab zunächst einen Überblick über die amerikanische NATO-Strategie. Die amerikanische Regierung glaube fest an das Prinzip der Vorwärtsverteidigung und habe in den letzten Jahren in diesem Sinn mit SACEUR zusammengearbeitet. General Lemnitzer habe viel getan, um durch organisatorische Maßnahmen die Vorwärtsverteidigung zu stärken. Was immer an Waffen nuklear oder nicht nuklear benötigt werden könnte, müsse SACEUR zur Verfügung stehen. *McNamara* gab einen kurzen Überblick über die Gesamtzahlen der in Europa und in der Bundesrepublik vorhandenen Nuklearwaffen.

Wie diese Waffen verwendet werden sollten, sei noch nicht klar, man wolle aber jedenfalls über eine ausreichende Menge von ihnen in Europa verfügen. Die Bereitstellung in der angegebenen hohen Zahl erfolge, um alle notwendigen Nuklearwaffen bei der Hand zu haben, falls sie für die Unterstützung der Vorwärtsstrategie gebraucht würden. Ein hoher militärischer Befehlshaber glaube allerdings, daß die Zahl 1000 ausreichend sei. Er, *McNamara*, sei der Ansicht, daß die nukleare Ausstattung adäquat sei. Auf dem konventionellen Gebiet sei dies jedoch nicht der Fall. Hier müsse weiter aufgebaut werden; auch die Verteidigungsbudgets müßten weiter erhöht werden. Mr. *McNamara* erkannte die gestiegenen deutschen Leistungen auf diesem Gebiet an, betonte aber, daß die Steigerung weiter anhalten müsse. Der sowjetische Druck werde wahrscheinlich nicht in Form eines massiven Angriffs oder einer großen Invasion erfolgen, sondern wahrscheinlich durch Druck auf die Flanken oder in Berlin. Dies würde in der Anfangsphase einen unterhalb der nuklearen Schwelle liegenden Gegenschlag notwendig machen.

Der Verteidigungsminister gab dann einen kurzen Überblick über die amerikanischen strategischen Streitkräfte und teilte mit, daß im Augenblick 810 ICBMs, 54 Titan II und 264 Polaris, also etwa 1100 strategische Flugkörper einsatzbereit und auf die Sowjetunion gerichtet seien. Bei der Zielverteilung sei den europäischen Interessen die gleiche Priorität gegeben worden wie denjenigen der Vereinigten Staaten.

Der Verteidigungsminister wandte sich sodann dem Vorschlag eines Ausschusses der Verteidigungsminister zu, den er in Paris mit Billigung des Präsidenten gemacht habe. Er wiederholte den Inhalt seiner Ausführungen auf der Pariser Verteidigungsministerkonferenz.⁵ Als mögliche Teilnehmer bezeichnete er die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sowie (als sechstes Mitglied) vielleicht die Niederlande. Der Ausschuß solle in erster Linie erörtern, wie die Teilnahme an der Planung für den Gebrauch der nuklearen Waffen ausgebaut werden könne und ferner Vorschläge für die Intensivierung der Konsultation und die Ver-

⁴ Zum Vorschlag des amerikanischen Verteidigungsministers vom 31. Mai 1965 für ein „select committee“ vgl. Dok. 235.

⁵ Vgl. Dok. 227, Anm. 3.

besserung der technischen Kommunikationsmittel ausarbeiten. Die Möglichkeit einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten könne hierbei geprüft werden. Auch könnte der Ausschuß sich z. B. mit Plänen für die Verwendung der ADCs⁶ befassen. Er, McNamara, hoffe, daß der Ausschuß bald errichtet werden und vielleicht ein- oder zweimal vor Ende des Jahres zusammentreten könne. Der französische Verteidigungsminister Messmer habe zunächst in der Sitzung eine durchaus positive Haltung eingenommen⁷, sein späterer Widerstand gegen die Erwähnung des Projekts im Kommuniké⁸ gebe jedoch Anlaß zu Zweifeln. Sollte Frankreich nicht mitmachen, so solle man trotzdem den Ausschuß in informeller Weise errichten.

Der Bundeskanzler sagte, daß bisher das Kabinett noch keine Gelegenheit gehabt habe, sich mit dem Vorschlag zu befassen. Er glaube aber, daß sowohl Kabinett wie auch Parteien ihn positiv beurteilen würden. Die Bundesregierung erhalte eine Möglichkeit, mitzureden und mitzuplanen, ohne ihre Position ändern zu müssen.

Er sei froh darüber, daß Einvernehmen hinsichtlich der Vorwärtsstrategie bestehe, und auch darüber, daß SACEUR weiterhin im Besitz nuklearer Gefechtsfeldwaffen sein werde. Er habe auch Verständnis dafür, daß es auch eine Möglichkeit der konventionellen Abwehr geben müsse. Allerdings wisse man in Deutschland, daß wir auch einen konventionellen Krieg nicht überstehen würden.

Der Bundeskanzler warf sodann die Frage auf, was geschehen würde, wenn Frankreich sich weiter und weiter aus dem NATO-Bündnis zurückziehe.⁹ Gäbe es eine Ersatzlösung? Er mache sich in dieser Hinsicht große Sorge. Wie ließe sich unter solchen Umständen Europa verteidigen, wie die Nachschubfrage lösen? Wie würde die NATO ohne Frankreich aussehen? Würde nicht eine Organisation, die im wesentlichen nur aus den Vereinigten Staaten, Deutschland und Großbritannien bestünde, in Deutschland die Frage hervorrufen, ob sie noch das Bündnis sei, das die NATO sein sollte? Könne de Gaulle seine Force de frappe so entwickeln, daß sie mit der amerikanischen Stärke vergleichbar würde? Nach seiner, des Bundeskanzlers, Meinung würde die Differenz zwischen dem französischen und dem amerikanischen Nuklearpotential immer weiter bestehen bleiben, wenn nicht sogar noch wachsen. Sei Frankreich wirtschaftlich überhaupt imstande, einen derartigen Aufbau durchzustehen? De Gaulle könne seine Politik nur unter dem Schutz der amerikanischen Abschreckung betreiben.

⁶ Atomic Demolition Charges.

⁷ Dazu teilte Botschafter Grewe, Paris (NATO), am 11. Juni 1965 mit: „Zu der unverbindlichen, wenn auch positiv klingenden Stellungnahme des französischen Armeeministers war zu hören, daß sich dieser vorher noch mit Außenminister Couve de Murville abgesprochen habe. Auf französischer Seite stehe man zwar dem Vorschlag skeptisch gegenüber, wollte ihn aber doch nicht sofort ablehnen, da darin vielleicht Möglichkeiten für eine Koordination der Zielplanung zwischen den amerikanischen strategischen Nuklearstreitkräften und der französischen ‚force de frappe‘ lägen.“ Vgl. VS-Bd. 10422 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1965.

⁸ Für den Wortlaut des Kommunikés vom 1. Juni 1965 vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 320.

⁹ Zur französischen Haltung zur NATO vgl. Dok. 210 und weiter Dok. 237.

Die Bundesregierung begrüße den amerikanischen Vorschlag auf Schaffung eines Ministerausschusses ebenso wie sie grundsätzlich weiter an einer Lösung des nuklearen Problems in der Allianz (ANF/MLF) festhalte. Dies sei gerade auch de Gaulle gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Für die Bundesrepublik seien zwei Dinge unverzichtbar: die Atlantische Allianz müsse beibehalten und gestärkt werden; es dürfe keine Trennung von den Vereinigten Staaten, keine Desintegration des Bündnisses geben. Anschließend wies der Bundeskanzler noch darauf hin, daß die deutsche Beteiligung in den Stäben der NATO „unterentwickelt“ sei.

Verteidigungsminister *McNamara* erwiderte zunächst, die amerikanische Regierung erkenne an, daß der deutsche Anteil an den NATO-Stäben kleiner sei als es dem deutschen Beitrag entsprechen würde (less than proportionate). Die amerikanische Regierung sei gerne bereit, eine Verstärkung des deutschen Elements zu unterstützen.

Was die Möglichkeiten Frankreichs anbelange, eine der amerikanischen gleichwertige nukleare Verteidigungskapazität für Europa zu schaffen, so seien diese nach amerikanischer Einschätzung nicht vorhanden. Es würde eines Aufwands von ungefähr 250 Milliarden Mark bedürfen, um etwas der amerikanischen Nuklearmacht Entsprechendes aufzubauen, vorausgesetzt, daß man in Frankreich die nötigen Fachkräfte fände, und selbst dann würde de Gaulle zwei Jahrzehnte benötigen, selbst wenn er heute beginnen würde. De Gaulle könne seine Politik in der Tat nur deshalb betreiben, weil er sich unter dem amerikanischen Schirm sicher wisse.

Die Vereinigten Staaten bejahten das NATO-Bündnis. Keiner der Verbündeten könne allein bestehen. So seien die Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer Verteidigungskapazität zwar praktisch unbegrenzt; dennoch fühlten sie sich in der Abwehr der kommunistischen Gefahr ohne Alliierte nicht stark genug. Ob Frankreich in der NATO bliebe oder sich aus ihr zurückziehen würde, behielte das Bündnis doch seinen Zweck. Man sei mit der NATO stärker als ohne sie. Militärisch sei es möglich, wenn auch nicht erwünscht, Europa ohne die Teilnahme Frankreichs zu verteidigen. Es sei technisch durchführbar, die in Frankreich befindlichen Lager, Kommunikationsmittel und Flugplätze in andere Länder (Belgien, England) zu verlegen. Er, *McNamara*, hoffe, daß eine solche Notwendigkeit nicht eintreten werde. Er frage sich aber, was man in Voraussicht einer derartigen Möglichkeit schon jetzt unternehmen sollte. Sollte man heute schon Maßnahmen ergreifen oder warten, bis de Gaulle einen entsprechenden Anlaß gebe, und damit ihm die Verantwortung überlassen?

Der *Bundeskanzler* erwiderte, man solle nicht mit der Drohung des Zurückziehens alliierter Installationen aus Frankreich beginnen. Sie würde übrigens die Bundesrepublik wegen des Freundschaftsvertrages mit Frankreich¹⁰ in eine schwierige Lage bringen. Dieser Vertrag, der nicht die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt habe, sehe u. a. eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und die Schaffung eines gemeinsamen Instituts für Fragen der Strategie und der Waffentechnik vor. Die Bundesregierung sei deshalb zu ei-

¹⁰ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, II, S. 706–710.

nem laufenden Gespräch mit Frankreich auf diesem Gebiet verpflichtet. Wenn das Kommuniqué zum bevorstehenden de Gaulle-Besuch¹¹ einen Passus hinsichtlich weiterer Gespräche auf dem Verteidigungssektor enthalten werde, so bedeute dies nur, daß wir einen Versuch machten, Frankreich bei der NATO zu halten. Es dürfte nicht so verstanden werden, als trügen wir auf zwei Schultern.

McNamara warf erneut die Frage auf, ob schon jetzt mit effektiven Vorbereitungen für den Fall eines Austritts Frankreichs aus der NATO begonnen werden sollte. Der *Bundeskanzler* hielt derartige Vorbereitungen nicht für zweckmäßig; man solle eine Diskussion der Frage des französischen Austritts aus der NATO vor der Wahl vermeiden. Nach den Wahlen sollte man aber den Mut haben, die Probleme ernsthaft anzusprechen. Im übrigen müsse man sich fragen, was geschehen solle, wenn die Franzosen in der NATO blieben, sich aber „totstellten“.

McNamara hielt dies für den wahrscheinlichsten Fall. Er rechnete damit, daß Frankreich im Bündnis bleiben und die Mitarbeit einstellen, im Ernstfall aber an der Verteidigung Europas mitwirken werde. De Gaulle werde eine gewisse Form der Allianz weiterhin bejahen. Auch er, *McNamara*, halte es für unglücklich, die Frage der Reaktion auf das französische Verhalten offen zu diskutieren. Auch nach den Wahlen werde die offene Erörterung unangebracht sein, solange General de Gaulle selbst nicht in Aktion getreten sei.

Der *Bundeskanzler* stellte sodann die Frage, ob die amerikanische Regierung es für einen Gewinn ansehen werde, wenn es ihm gelinge, General de Gaulle dahin zu veranlassen, die gegenwärtige Position Frankreichs in der NATO einzufrieren.

Mr. *McNamara* erwiderte, dies sei einem Austritt vorzuziehen. Dennoch könne auch die französische Untätigkeit Schwierigkeiten machen. Frankreich übe heute praktisch ein Veto aus. Man werde Methoden zu entwickeln haben, um dieses Veto auszuschalten. So werde man auch für die Errichtung des vorgeschlagenen Ministerausschusses kein Veto anerkennen.

Der *Bundeskanzler* bat sodann um eine Information über die Lage in Vietnam.¹²

Verteidigungsminister *McNamara* berichtete, daß in Nordvietnam das Luftbombardement in dem bisherigen Ausmaß weitergehen werde, wobei man sich auf den Bereich südlich des 20. Breitengrads beschränken werde. Die Angriffe erfolgten im wesentlichen gegen Verbindungslinien, aber auch gegen Kasernen und Materiallager. Von 25 Brücken habe man 23 zerstört. Zur Zeit seien nach Agentennachrichten 13 000 Menschen mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Man wäre sich allerdings darüber im klaren, daß der Zustrom nordvietnamesischen Personals nach Südvietnam auf diese Weise nicht aufgehalten werden könne. Man stelle aber eine günstige Wirkung der Aktionen in Nordvietnam auf die Moral in Südvietnam fest.

¹¹ Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten am 11./12. Juni 1965 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 242–248.

¹² Vgl. dazu auch Dok. 228.

In Südvietnam befänden sich zur Zeit 65 000 reguläre und 80 000 irreguläre Guerillas. Von der Gesamtzahl von ungefähr 150–175 000 Mann seien bisher nur Teile in Erscheinung getreten. Man erwarte, daß sie noch vor Abschluß der Regenzeit in größerem Ausmaße aktiv werden würden. Zur Ausschaltung der Guerillas stünden 550 000 südvietnamesische Soldaten zur Verfügung. Das ideale Verhältnis sei jedoch 10 : 1. Die Südvietnamesen seien mithin nicht ausreichend stark. Die amerikanische Hilfe erfolge durch Bereitstellung von Transportmitteln, neuerdings aber auch durch direkten Truppeneinsatz. Zur Zeit befänden sich 10 amerikanische Kampfbataillone in Südvietnam. Sie würden in Kürze um drei weitere Bataillone verstärkt werden. Die Verlustziffern der Südvietnamesen seien verglichen mit der Gesamtbevölkerung außerordentlich hoch und könnten zu einem Problem für die Moral werden. Im Augenblick befände sich Saigon wieder in einer ernsten Krise, bei der die Reibungen zwischen Katholiken und Buddhisten ans Licht kämen.¹³ Im Grunde stünden hinter diesen Krisen jedoch immer militärische Probleme. Weder Nordvietnam noch China hätten bisher die Bereitschaft zu Gesprächen gezeigt.¹⁴ Man werde deshalb den Druck auf Nordvietnam weiter fortsetzen und Südvietnam weiter unterstützen, so daß die Vietkong erkennen, daß sie keine Aussicht zum Sieg haben.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* hinsichtlich des möglichen Eingreifens Chinas und der Sowjetunion erwiderte *McNamara*, ein chinesisches Eingreifen sei zwar möglich; China versuche aber, es zu vermeiden. China werde sich nicht militärisch einmischen, solange nicht chinesisches Gebiet angegriffen werde oder die Regierung Nordvietnams in Gefahr gerate.¹⁵

Die Sowjetunion habe Nordvietnam in der letzten Woche erstmals 8–9 Bomber des Typs IL 28 zur Verfügung gestellt.¹⁶ Diese Bomber verursachten einiges Kopfzerbrechen, da sie imstande sein würden, amerikanische Flugplätze in Südvietnam anzugreifen, worauf die Vereinigten Staaten mit erheblicher Stärke zurückschlagen würden. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob nicht die Russen zur Zeit sich deshalb einmischen würden, um eine chinesische Intervention zu verhindern, erwiderte *McNamara*, daß es für die Sowjets zwei Gründe für ein Eingreifen geben könne:

¹³ Die verschiedenen religiösen Gruppen in der Republik Vietnam (Südvietnam) hatten erst am 16. Januar 1965 eine Versöhnungserklärung unterzeichnet. Vgl. dazu AdG 1965, S. 11642. Nach einem Putschversuch am 21. Mai 1965 wurden unter dem Vorwurf der Verschwörung 50 Katholiken verhaftet. Vgl. dazu den Artikel „Staatsstreich in Südvietnam vereitelt“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG; Nr. 118 vom 22. Mai 1965, S. 3.

¹⁴ Vgl. dazu Dok. 228, Anm. 7 und 11.

¹⁵ Vgl. dazu auch Dok. 206, Anm. 57.

Am 21. Juni 1965 berichtete Botschafter Scholl, Karachi, über entsprechende chinesische Äußerungen während des Besuchs des Ministerpräsidenten Tschou En-lai in Pakistan. Die Chinesen „wüßten, daß Amerika heute militärisch und materiell die stärkste Macht sei. Sie seien sich über [die] Möglichkeit [einer] Ausweitung [des] Vietnam-Konflikts, der sie direkt einbeziehe, im klaren, wüßten, daß sie gegebenenfalls gewaltige Menschenopfer zu bringen hätten, würden aber dank ihres Menschenpotentials erfolgreich überleben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 216; Referat I B 5, Bd. 162.

¹⁶ Zu den sowjetischen Waffenlieferungen an die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) vgl. Dok. 228, Anm. 18.

- a) um eine chinesische Intervention zu verhindern,
- b) um in Nordvietnam die eigene politische Stellung zu stärken.

Zum Abschied dankte Verteidigungsminister McNamara dem Bundeskanzler für die Unterstützung der Bundesregierung bei der Ausarbeitung des Offset-Abkommens¹⁷, das er als absolut notwendig dafür bezeichnete, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen in Deutschland halten könnten (absolutely essential to be able to keep troops in Germany). Er hoffe, daß das Abkommen auch in künftigen Jahren weitergeführt werde.

VS-Bd. 700 (II A 7)

233

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington

MB 2101/65 geheim

4. Juni 1965¹

Am Freitag, den 4. Juni 1965, führte der Herr Bundeskanzler von 11.00 Uhr bis 12.15 Uhr ein Gespräch mit Außenminister Rusk im State Department. An dem Gespräch nahmen von deutscher Seite teil: der Herr Bundesaußenminister und die Herren von Hase, Knapstein, Hohmann, von Lilienfeld, Seibt, Simon, Kastl, die Dolmetscher Weber und Kusterer sowie der Unterzeichnete; auf amerikanischer Seite u. a. die Herren Ball, Thompson, Leddy, Creel, Puhon.

Außenminister *Rusk* begrüßte den Herrn Bundeskanzler und bat ihn, die Themen anzuschneiden, die ihm besonders am Herzen lägen. Der Herr *Bundeskanzler* dankte für den freundlichen Empfang, wies auf das Gespräch hin, das er gerade mit Verteidigungsminister McNamara über NATO-Fragen geführt hatte², sagte einige Sätze zur europäischen Einigung, erklärte, daß er zur Deutschlandfrage keine längeren Ausführungen machen wolle (zumal Präsident Johnson sich hierzu so deutlich und positiv geäußert habe)³ und sagte, daß er besonders ein Anliegen mit Herrn Rusk besprechen wolle, nämlich die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern.

Über dieses Thema habe sich de Gaulle in letzter Zeit verschiedentlich geäußert.⁴ Auch in den Vereinigten Staaten mehrten sich die Stimmen, die glaub-

¹⁷ Für den Wortlaut des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 vgl. VS-Bd. 5052 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 689 f.

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 4. Juni 1965 gefertigt.

² Vgl. Dok. 232.

³ Für die Ausführungen des amerikanischen Präsidenten vom 7. Mai 1965 vgl. Dok. 206, Anm. 8.

⁴ Für entsprechende Ausführungen des französischen Staatspräsidenten auf der Pressekonferenz vom 4. Februar 1965 vgl. Dok. 62, Anm. 5, und Dok. 64, Anm. 16.

Am 27. April 1965 führte de Gaulle im französischen Fernsehen aus: „Dans le domaine politique, il s'agit que, sans renier notre amitié américaine, nous nous comportions en Européens que nous

ten, daß eine Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu einer Befriedung in Europa und – fast automatisch – zur Wiedervereinigung führen würde. Er, der Herr Bundeskanzler, wolle nicht sagen, daß dieses Ziel durch engere Bindungen mit den osteuropäischen Satelliten nicht erreicht werden könne, er glaube aber nicht an eine Automatik. Wir Deutsche stünden diesen Ländern nicht feindselig gegenüber. Wir hätten mit der Intensivierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen begonnen. Ob dieser Prozeß allerdings – und das wolle er in diesem Zusammenhang gleich erwähnen – in politisch relevanter Zeit zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen führen werde, könne er jetzt nicht beantworten.⁵ Angesichts unserer Situation im Nahen Osten⁶, der bevorstehenden Algier-Konferenz⁷ und der Einstellung Sukarnos⁸ sei jetzt kein geeigneter Zeitpunkt, hierzu auszusagen; eine Aussage würde im Gegenteil nur Unsicherheit schaffen.

Was die Einstellung der Westmächte zu den Satelliten-Staaten angehe – worauf er nun zurückkomme – so sehe er eine Gefahr in dem Glauben, daß die Verbesserung der Beziehungen ausreiche, um auch mit der Wiedervereinigung voranzukommen. Ihm sei denkbar unwohl bei dem Gedanken, daß die freien Völker einen neuen Weg beschritten, ohne sich über das Ziel klar zu sein, das sie zu erreichen hofften. Im Augenblick gebe es so etwas wie einen Wettlauf unter den westlichen Ländern, die Handelsbeziehungen mit den Satelliten-Staaten zu intensivieren und ihnen langfristige Kredite zu gewähren.⁹ Was würden diese Länder mit den Krediten machen? Würden sie das Geld in die Rüstung stecken, den Lebensstandard ihrer Bevölkerung heben oder würden sie diese Mittel benutzen, um dem Westen in anderen Teilen der Welt Schwierigkeiten zu machen? Außerdem sei zu fragen, wie diese Länder die Kredite je zurückzahlen könnten. Schon jetzt sei es sehr schwer, die geringfügigen Handelsverträge auszufüllen. Die Satelliten-Länder hätten keine interessanten Waren anzubieten. Den westlichen Ländern bliebe also nichts übrig, als die Kredite immer wieder zu verlängern; sie würden die Gefangenen ihrer eigenen Kreditpolitik, und wie im Privatleben kämen die Schuldner auf die Dauer in eine stärkere Position als die Gläubiger.

Fortsetzung Fußnote von Seite 953

sommes et, qu'en cette qualité, nous nous appliquons à rétablir d'un bout à l'autre de notre continent un équilibre fondé sur l'entente et la coopération de tous les peuples qui y vivent comme nous. C'est bien ce que nous faisons, en nous réconciliant avec l'Allemagne, en proposant à nos voisins des deux côtés du Rhin et des Alpes une réelle solidarité des Six, en reprenant avec les pays de l'Est, à mesure qu'ils émergent de leurs écrasantes contraintes, les rapports d'active compréhension qui nous liaient à eux autrefois.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 355. Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 251–253.

⁵ Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ostblock-Staaten vgl. Dok. 221.

⁶ Vgl. dazu Dok. 203.

⁷ Zur geplanten Zweiten Afro-asiatischen Konferenz vgl. Dok. 254, Anm. 16.

⁸ Zu den Bemühungen der Bundesregierung, Indonesien von einer Anerkennung der DDR abzuhalten, vgl. Dok. 216.

⁹ Zur Kreditpolitik gegenüber den Ostblock-Staaten vgl. zuletzt Dok. 123. Zur Haltung der USA vgl. Dok. 95 und Dok. 199, Anm. 4.

Er sei kein Gegner der Erweiterung von Handelsbeziehungen mit den Satelliten-Ländern, er glaube aber, daß dafür Gegenleistungen gefordert werden sollten, die dann mehr auf politischem Gebiet lägen. Dies könne kein westliches Land allein erreichen, hier müsse vielmehr zusammen geplant werden, und er frage sich, ob die NATO vielleicht ein geeigneter Rahmen sei, um die politische und die wirtschaftliche Strategie gegenüber den osteuropäischen Ländern zu koordinieren. In diesem Gremium müßte dann – bevor man sich zu weiteren wirtschaftlichen Leistungen bereit finde – von Zeit zu Zeit geprüft werden, ob der Westen auch genügend Gegenleistungen erhalten habe. Nur wenn dies zu bejahen sei, sollten die wirtschaftlichen Leistungen fortgesetzt werden. Der Westen werde nicht zu viel fordern; sicher könne und wolle man die osteuropäischen Länder nicht aus ihrem System heraussprengen; man müsse aber politisches Entgegenkommen sehen.

Um zusammenzufassen: Er, der Herr Bundeskanzler, wolle vor der Annahme warnen, als führe die Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Osteuropa auf die Dauer auch sicher zur Wiedervereinigung. Er glaube vielmehr, daß der Westen eng zusammenarbeiten und zusammenhalten müsse, um politische Fortschritte zu erzielen.

Außenminister *Rusk* erwiderte, die Amerikaner glaubten, wesentliche Veränderungen innerhalb der kommunistischen Welt feststellen zu können. Sie glaubten auch, daß bessere Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten an sich vorteilhaft seien. In jenen Ländern bestehe eine gewisse Sehnsucht nach einem besseren Verhältnis zu Westeuropa. Die USA begrüßten das, seien in ihrem Handeln jedoch zurückhaltender als einige westeuropäische Länder, gerade auch, was die Handelsbeziehungen angehe. Daran werde sich so rasch auch nichts ändern, da die amerikanische Regierung auf den Kongreß angewiesen sei, der seinerseits die allgemeine Einstellung Amerikas zur kommunistischen Welt berücksichtige, was zur Zeit ja nicht sehr ermutigend sei. Andererseits seien die osteuropäischen Staaten bei ihrer Einstellung gegenüber den USA von den Ereignissen in Südostasien, in Kuba usw. beeinflusst. Was die Kreditpolitik angehe, so stimme die amerikanische Auffassung mit der des Bundeskanzlers völlig überein. Auch sie seien für eine gemeinsame wirtschaftliche und politische Strategie innerhalb der NATO. Sie seien aber skeptisch hinsichtlich des Gelingens solcher Pläne. Sie hätten bezüglich COCOM¹⁰, Osthandel und Ostkrediten seit 17 Jahren zahlreiche Vorschläge gemacht, aber leider nur wenig Erfolge erzielt. Die USA hätten gegen normale (private) Handelskredite nichts einzuwenden, wohl aber gegen staatlich gestützte und langfristige Kredite, wenn diese praktisch zu einer Art Auslandshilfe würden.

Im übrigen glaube er, daß die „Entspannung“ für weiter fortgeschritten gehalten werde, als dies den Tatsachen entspreche. Zwar sei das Teststopp-Abkommen¹¹ geschlossen worden, es habe aber trotzdem die Krise in Kuba¹² gegeben

¹⁰ Gemäß der Embargo-Liste des 1951 unter Vorsitz der USA gegründeten Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM) war die Ausfuhr bestimmter Güter an kommunistische Staaten untersagt bzw. einer strengen Kontrolle und Kontingentierung unterworfen.

¹¹ Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

¹² Zur Kuba-Krise vom Oktober 1962 vgl. Dok. 110, Anm. 18.

und eine Krise um Berlin im Jahre 1961.¹³ Vielleicht würden die Russen in der näheren Zukunft Berlin wieder unter Druck zu setzen versuchen; gewisse Anzeichen deuteten darauf hin, nämlich bevorstehende große Manöver mit russischen und SBZ-Streitkräften. Gromyko habe zwar versucht, die Deutschlandfrage mit den USA bilateral wieder aufzugreifen¹⁴; die USA seien darauf aber nicht eingegangen, da sie keine Meinungsänderung der Russen hätten feststellen können. Gromyko habe über diese Frage ja anscheinend auch in Paris viel gesprochen¹⁵; der Herr Bundeskanzler werde von de Gaulle¹⁶ vielleicht einiges erfahren.

Zusammenfassend sei zu sagen, daß die USA eine weitere Entspannung gegenüber den osteuropäischen Ländern begrüßen. Sie könnten dabei keine führende Rolle übernehmen, seien aber gern bereit, diese Fragen in der NATO zu erörtern und alles zu tun, um die Ausarbeitung einer gemeinsamen (politisch-wirtschaftlichen) Strategie zu ermöglichen.

Mr. Ball sagte, daß die Frage der Kredite an osteuropäische Staaten von seiner Regierung im NATO-Rahmen schon wiederholt vorgebracht worden sei.¹⁷ Großbritannien habe sich aber hartnäckig geweigert, gegenüber diesen Ländern eine andere Kreditpolitik zu treiben als gegenüber anderen.¹⁸ Die französische und die belgische Regierung seien dann gefolgt¹⁹, und die Berner Union²⁰ habe seither keine rechte Wirkung mehr. Die NATO sei gespalten. Das sei sehr bedauerlich. Vielleicht könne man auf ähnliche Vereinbarungen wie die von Bern zurückkommen, wenigstens hinsichtlich der langfristigen Kredite. Er verhandle darüber z. Zt. mit den Engländern, könne aber noch nichts Definitives mitteilen.

Auch Mr. Liddy meinte, daß Großbritannien mitzumachen bereit sei, wenn alle wichtigen Industrieländer über eine gemeinsame Kreditpolitik übereinkämen. Voraussichtlich werde es dann aber nur recht allgemein gehaltene Bestimmungen geben können.

¹³ Am 13. August 1961 wurde die Mauer in Berlin errichtet.

¹⁴ Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 30.

¹⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers vom 25. bis 30. April 1965 in Paris vgl. Dok. 191 und Dok. 196.

¹⁶ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit dem französischen Staatspräsidenten am 11./12. Juni 1965 vgl. Dok. 242, Dok. 244, Dok. 246 und Dok. 248.

¹⁷ Am 18. November 1963 fand eine Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats zu diesem Thema statt. Über das Ergebnis berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), am 19. November 1963: „Resigniert einigte man sich schließlich auf den inhaltslosesten Beschluß, der [...] folgendermaßen lautet: ‚Der Wirtschaftsberaterausschuß soll den von ihm ausgearbeiteten Bericht im Lichte der Diskussion der Ratssondersitzung überarbeiten und der Ministerkonferenz am 16. Dezember 1963 einen neuen Bericht vorlegen.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1120; VS-Bd. 8357 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

¹⁸ Der britische Handelsminister Heath erklärte am 18. November 1963 auf der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats, die britische Regierung müsse einer Einschränkung der Kredite an Ostblock-Staaten widersprechen, „weil darin eine Diskriminierung dieser Länder liege. Die britische Kreditpolitik werde unter rein kommerziellen, nicht jedoch unter politischen Gesichtspunkten geführt.“ Vgl. den Schriftbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 21. November 1963, VS-Bd. 3927 (II 4); B 150, Aktenkopien 1963.

¹⁹ Vgl. dazu Dok. 123.

²⁰ Zu der von der Berner Union vorgesehenen Laufzeit für Kredite vgl. Dok. 66, Anm. 3.

Außenminister *Rusk* warf ein, daß man – auch unabhängig von der Kreditpolitik – zwischen den Ländern Osteuropas unterscheiden solle, und zwar je nach der Rolle, die sie bei der Subversion in anderen Ländern spielten. Rumänien z. B. sei ziemlich passiv auf diesem Gebiet, die Tschechoslowakei aber sehr aktiv.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte zu und kam dann auf den Interzonenhandel zu sprechen. Hier sei nämlich eine weitere wichtige Unterscheidung zu machen. Der Interzonenhandel sei für Deutschland kein Geschäft. Man habe damit unseren Landsleuten hinter dem Eisernen Vorhang helfen wollen. Man habe auch ein Mittel in der Hand gehabt, um gewissen politischen Maßnahmen des Zonenregimes zu begegnen. Die Zone sei auf Zulieferungen aus der BRD auf wichtigen Gebieten angewiesen gewesen. Nunmehr habe sich aber auch das gewandelt. Eine Reihe westeuropäischer Staaten seien bereit, der Zone diese wichtigen Güter zu liefern, zudem noch auf Kreditbasis.²¹ Die Zone benutze dann diese Kredite, um bei dritten Ländern politisch Fuß zu fassen, wie in der VAR²² und in Indonesien.²³ Auch die Sowjetunion versuche mit allen Mitteln, der Zone bei der internationalen Aufwertung behilflich zu sein.

Was nun de Gaulles Ansichten über Osteuropa angehe, so schienen diese oberflächlich mit den amerikanischen Vorstellungen übereinzustimmen. Man müsse sich aber darüber im klaren sein, daß de Gaulle andere Ziele verfolge als die USA. Wir hätten gegen den Besuch Gromykos in Paris keine Einwendungen gehabt. Die französische Regierung habe auch die russische Behauptung von der Existenz zweier deutscher Staaten zurückgewiesen. Besorgt mache uns allerdings, daß die russischen Bemerkungen zur Grenzfrage und zum militärischen Status der BRD unwidersprochen geblieben seien.²⁴ Er, der Herr Bundeskanzler, und Herr Außenminister Schröder seien keine kalten Krieger. Sie wüßten, daß wir nicht zuerst die Wiedervereinigung fordern könnten und daß wir erst dann an die Regelung der o. a. Fragen herangingen. Beide Komplexe müßten gleichzeitig in Angriff genommen werden. Wir seien aber zu keinen Vorleistungen mehr bereit. Wir verschlechterten sonst unseren Status ständig, ohne der Wiedervereinigung auch nur einen Schritt näherzukommen.

Was nun die Strategie mit der Handelspolitik angehe, so glaube er, daß man es rein kaufmännisch aufziehen solle. Der Osthandel sei nämlich ein sehr schlechtes Geschäft, was man Kaufleuten mit rein wirtschaftlichen Argumenten deutlich machen könne. Er wolle also keine (politisch-) feindlichen Aktionen aufziehen, wolle vielmehr rein kommerziell vorgehen, auch deshalb, weil er die Beteiligung der Schweiz, Schwedens und anderer Länder wünsche.

Was übrigens die Sowjetunion angehe, so habe er nicht den Eindruck, daß sich deren Haltung gegenüber dem Westen geändert habe, eher sei eine Verhärtung bei den neuen Machthabern festzustellen. Außenminister *Rusk* stimmte dem Herrn Bundeskanzler hinsichtlich einer gemeinsamen Osthandelspolitik zu. Er

²¹ Vgl. dazu Dok. 199.

Zur Diskussion mit den Drei Mächten über dieses Thema vgl. Dok. 202 und weiter Dok. 261.

²² Zu den Krediten der DDR an die VAR vgl. Dok. 116, Anm. 26.

²³ Zu den Krediten der DDR an Indonesien vgl. Dok. 60, Anm. 13.

²⁴ Vgl. dazu Dok. 196, besonders Anm. 11.

erklärte sich auch einverstanden, den Handel mit der SBZ gesondert zu behandeln; auch hier seien die USA übrigens nicht sehr beteiligt.²⁵

Was die Vorschläge de Gaulles angehe, die Deutschlandfrage im europäischen Rahmen zu lösen²⁶, so könne er nur sagen, daß die amerikanische Regierung gar nicht zuhöre. Sie seien keine Kinder. Sie hätten aus dem Zweiten Weltkrieg gewisse Rechte erhalten, die sie weder an Russland noch an Frankreich abtreten würden. Der Herr Bundeskanzler brauche sich keine Sorgen zu machen. (Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, daß er sich auch keine Sorgen mache, daß er solche Erklärungen wie die Rusks gleichwohl immer wieder gern höre.)

Mr. *Rusk* fragte sodann nach den Möglichkeiten gemeinsamer Produktion mit osteuropäischen Ländern, wie sie von Herrn Beitz erörtert worden seien.²⁷ Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß er diese Möglichkeiten für sehr begrenzt halte; auch Krupp komme nicht recht voran. Die Zuständigkeit für diese Frage würde übrigens auch bald auf die EWG-Kommission übergehen. Die Ostblockländer hätten meist nur landwirtschaftliche Produkte anzubieten; dafür sei die EWG nicht sehr aufnahmebereit. Das Öl und die Kohle des Ostens seien auch nicht gefragt, und die östlichen Fertigprodukte seien wenig attraktiv. Auch das zeige, daß der Osten kaum je in der Lage sein werde, etwaige Kredite zurückzuzahlen.

Mr. *Rusk* sagte, daß seine Regierung gerade mit dem Kongreß über den Osteuropahandel berate. Dabei seien auch sie auf die Schwierigkeiten gestoßen, die der Herr Bundeskanzler erwähnte. Er könne auch versichern, daß man keine langfristigen Kredite gewähren werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte nochmals die Notwendigkeit, daß sich die Regierungen dieser Fragen annähmen. Die Industrie sage sonst, wenn sie nicht liefere, werde ein anderes Land liefern, was zu einem unzulässigen Wettlauf führe. Der deutsche Osthandel betrage übrigens nur 4 % des gesamten Handelsvolumens, während er schon in der Weimarer Republik 20 % betragen habe.

Rusk fragte sodann, da der Herr Bundeskanzler die Schweiz und Schweden erwähnt habe, ob man die erforderlichen Absprachen innerhalb der NATO treffen sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte, daß man wohl besser die OECD wähle²⁸, da die neutralen Länder ängstlich bemüht seien, nicht mit NATO-Entschlüssen identifiziert zu werden. Mr. *Leddy* bestätigte diese Auffassung.

Herr *Rusk* fragte sodann, ob der Herr Bundeskanzler de Gaulle in der nächsten Woche die deutschen Ansichten zur NATO darlegen werde, oder ob er bis nach den Wahlen warten wolle.

²⁵ Zum Handel der USA mit der DDR vgl. besonders Dok. 95.

²⁶ Vgl. dazu Dok. 64, Anm. 16, sowie Dok. 187, Anm. 18 und 19.

²⁷ Der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp führte am Rande einer privaten Reise nach Polen vom 11. bis 15. Dezember 1964 Gespräche mit der polnischen Regierung über die Möglichkeiten gemeinsamer deutsch-polnischer Produktion. Vgl. dazu den Artikel von Angela Nacken: „Beitz vereinbart mit Cyrankiewicz Zusammenarbeit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 292 vom 16. Dezember 1964, S. 3.

²⁸ Zu diesem Vorschlag vgl. weiter Dok. 261, besonders Anm. 22.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sei etwas zuversichtlicher, daß das bevorstehende Gespräch keine zu starken Gegensätze aufreißen werde. De Gaulle habe seine Zusagen von Rambouillet²⁹ nicht gehalten und habe vielleicht selbst das Gefühl, den Bogen in den letzten Monaten etwas überspannt zu haben. Auch die Gruppe in Deutschland, die de Gaulle gegenüber recht zugänglich gewesen sei³⁰, sei in jüngster Zeit skeptisch geworden. Außerdem habe auch de Gaulle Wahlen im Dezember.³¹ Der Gedanke der Versöhnung sei im deutschen und im französischen Volk sehr lebendig. Er, der Herr Bundeskanzler, hoffe daher, daß der Besuch de Gaulles in Bonn vorübergehe, ohne daß neue Divergenzen aufkämen. Die deutsche Regierung habe keine amerikanische Politik zu machen und keine französische – sie habe vielmehr die deutschen Lebensinteressen zu wahren und fühle sich denen am nächsten verbunden, die ähnlich fühlten und handelten wie wir.

Herr *Rusk* erwähnte sodann sein sehr interessantes Gespräch mit Herrn Bundesminister Schröder über die de Gaullesche Taktik gegenüber der NATO³², insbesondere über seinen Zeitplan.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte, daß man dem Eindruck entgegentreten müsse, als löse sich die NATO langsam auf. Die BRD sei der wichtigste NATO-Partner in Europa und auch der treueste in der Gesinnung. Die Deutschen vertrauten dem amerikanischen Schutz. Eine Umfrage habe ergeben, daß sich die Deutschen 24 mal stärker auf die USA verließen als auf Frankreich, und dann käme lange niemand.

Herr *Rusk* fragte sodann, ob die Außenpolitik bei der Bundestagswahl eine große Rolle spielen werde. Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß sich die Opposition penetrant bemühe, in der Innen- und Außenpolitik keinen Gegensatz aufkommen zu lassen, das gehe bis hin zu den Wahlslogans. Er, der Herr Bundeskanzler, möchte den Wahlkampf aber nicht entpolitisieren lassen.

Die NATO werde daher sicher eine wichtige Rolle spielen. (Auf eine Zwischenfrage von Herrn *Rusk*, ob die USA in unseren Wahlkampf hineingezogen würden,) entgegnete der Herr *Bundeskanzler*, daß er dies auf keinen Fall wünsche. Das deutsche Volk spüre mehr und mehr, daß es eine eigene Politik zu treiben habe. Die Wiedervereinigung werde sicherlich ein besonderes Wahlthema werden.

Herr *Rusk* legte sodann ausführlich dar, daß sich die amerikanische Regierung bei den verschiedensten Gelegenheiten und mit allen Mitteln um eine politische Lösung der Südvietnam-Frage bemüht habe. Er werde dem Herrn Bundeskanzler hierzu ein eigenes Papier überreichen.³³ Leider hätten die amerikanischen Versuche bisher keinen Erfolg gehabt. Präsident Johnson

²⁹ Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 19./20. Januar 1965 vgl. Dok. 22, Dok. 23, Dok. 26 und Dok. 27.

³⁰ Vgl. dazu Dok. 126, Anm. 28.

³¹ Die französischen Präsidentschaftswahlen fanden am 5. Dezember 1965 statt.

³² Vgl. Dok. 227.

³³ Die Aufzeichnung „The Efforts Made by the US to Achieve a Political Solution to the Crisis in Southeast Asia“ wurde dem Auswärtigen Amt am 8. Juni 1965 durch die amerikanische Botschaft zugeleitet und am 9. Juni 1965 mit einer Übersetzung an das Bundeskanzleramt geschickt. Für den Wortlaut vgl. Ministerbüro, Bd. 227.

habe gesagt, daß er zwar ein guter Cowboy sei, daß es aber auch ihm nicht möglich sei, die Leute mit dem Lasso an den Verhandlungstisch zu bringen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Deutschen wüßten nicht alle Einzelheiten der Südvietnam-Situation, die generelle Haltung sei aber klar. Das deutsche Volk spüre, daß die USA zu ihrem Worte stünden. Insoweit bestehe auch eine unmittelbare Beziehung zu den Fragen der Wiedervereinigung und Berlins. In Deutschland würden die USA als ein Verbündeter betrachtet, auf den man sich verlassen könne, was insbesondere auch deshalb bedeutsam sei, weil de Gaulle ja seit langem Zweifel in die amerikanische Bündnistreue zu säen sich bemühe.

Herr *Rusk* sagte, die amerikanischen Differenzen mit de Gaulle wegen Südvietnam seien sehr groß. De Gaulle wolle dort Frieden zu jeder Bedingung.³⁴ Das könnten die USA aber nicht mitmachen, zumal sie im Pazifischen Ozean vitale Interessen zu verteidigen hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn die Amerikaner in Südvietnam anders handeln würden, als sie es tun, so würde in Deutschland das Vertrauen schwinden. Wir sähen in ihrer Haltung auch eine Gewähr für unser eigenes Schicksal.

Das Gespräch endete gegen 12.15 Uhr. Das Kommuniqué – so wurde vereinbart – sollte mit dem Präsidenten abschließend erörtert werden.³⁵

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

³⁴ Zur französischen Haltung zu Vietnam vgl. zuletzt Dok. 150, Anm. 19.

Auf der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Mai 1965 in London führte der französische Außenminister Couve de Murville zu diesem Thema aus, es handele sich in Vietnam in erster Linie um einen Bürgerkrieg, der sich allerdings „mit einer Unterstützung der kämpfenden Parteien von außen [...] zu einem Krieg schlechthin entwickelt“ habe. Es liege nicht im Interesse der Europäer und Amerikaner, „alle dortigen Unruhen nur als das Werk der Kommunisten aufzufassen“. Zur Lösung des Konflikts gebe es „nur den Weg der Verhandlung, den Frankreich seit Jahren vorgeschlagen habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 578 des Ministerialdirektors Krapf, z. Z. London, vom 13. Mai 1965; VS-Bd. 2649 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965.

³⁵ Vgl. Dok. 234.